

# E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

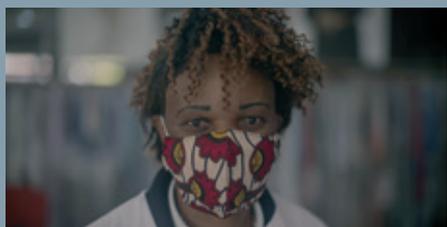
E+Z

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249  
Mai 2020

# Energie



**Covid-19-Tagebuch ab Seite 23**

## Monitor

Die Bedeutung von Migration für die Bevölkerungsentwicklung | Heutzutage:  
Ausbildung für Frauen in Führungspositionen in Guatemala | Impressum 4

## Debatte

Kommentare zum Friedensabkommen der USA mit den Taliban und der Dringlichkeit  
von Beschäftigungsprogrammen 6

## Schwerpunkt: Energie

**GLORIA LAKER ACIRO ADIIKI**  
Uganda deckt rund 90 Prozent des Energieverbrauchs durch Biomasse 10

**DERRICK SILIMINA**  
Wegen chronischer Dürren wird Sambias Abhängigkeit von der Wasserkraft zum  
Problem 11

**KARIM OKANLA**  
Benzinschmuggel belastet die Beziehungen zwischen Benin und seinem großen  
Nachbarn Nigeria 13

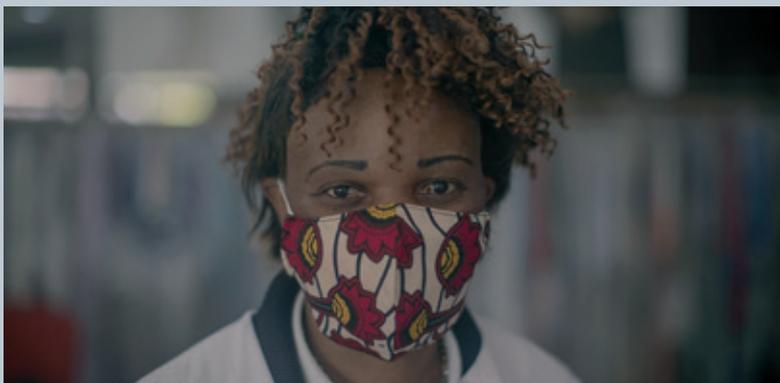
**AVIVA FREUDMANN**  
Die OPEC hat ihre einstige Macht verloren und der Ölpreis unterliegt inzwischen  
starken Schwankungen 14

**NORA SAUSMIKAT UND QUIRIN JETSCHKE**  
Chinas Energiepolitik ist voller Widersprüche, vor allem in Bezug auf Investitionen  
in Afrika und anderen Entwicklungsregionen 17

**ADITI ROY GHATAK**  
Im jetzigen Entwicklungstempo wird Indien wichtige Klimaziele nicht zum  
angestrebten Zeitpunkt erreichen 20

**FRIEDERIKE BAUER UND ACHIM NEUMANN**  
Die weltweite Energiewende kann nur mit dem Ausbau von Speichermöglichkeiten  
und Netzen gelingen 21

## Covid-19-Tagebuch 23



## Energie

### Afrikanische Sorgen

Für die meisten ugandischen Haushalte ist der Anschluss an das Stromnetz ein ferner Wunsch, erklärt die Journalistin Gloria Laker Aciro Adiiki. Sambia erzeugt Strom vor allem aus Wasserkraft. Dürren gefährden die Energieversorgung, schreibt der Journalist Derrick Silimina. Der Schmuggel von Benzin belastet die Beziehungen zwischen Benin und Nigeria, berichtet Medientrainer Karim Okanla. **SEITEN 10, 11, 13**

### Ende der OPEC-Dominanz

Die Macht der Ölländer ist vorbei. Der Rohölpreis ist wegen der Coronakrise im Keller, schreibt E+Z/D+C-Mitarbeiterin Aviva Freudmann. **SEITE 14**

### Asiatische Widersprüche

Chinesische Banken und Unternehmen investieren in neue Kohlekraftwerke. Das widerspricht der Regierungslinie, die erneuerbare Energien fördert, wie Nora Sausmikát und Quirin Jetschke von der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald erläutern. Indien verspricht derweil, 40 Prozent des Stroms bis 2030 aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Im aktuellen Tempo kann dies nicht gelingen, urteilt die Wirtschaftsjournalistin Aditi Roy Ghatak. **SEITEN 17, 20**

### Mehr Speicher und Netze

Ohne den Ausbau von adäquaten Netzen und Speichern für erneuerbare Energien kann die Energiewende nicht gelingen und die internationalen Klimaziele werden verfehlt, warnen Friederike Bauer und Achim Neumann von der KfW Entwicklungsbank. **SEITE 21**

Die Coronavirus-Pandemie stellt die Politik vor eine doppelte Aufgabe: menschliche Gesundheit zu schützen und Märkte zu stabilisieren. Unser Tagebuch bietet Einblicke darin, wie verschiedene Länder und Sektoren mit den aktuellen Herausforderungen umgehen. Eine Übersicht über alle Beiträge finden Sie auf Seite 23.

► **Alle Tagebucheinträge sowie weitere Beiträge zum Thema Covid-19 stehen auch im Sonderdossier „Covid-19-Tagebuch“ auf [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu).**

## Chancen in der Krise

Die alles beherrschende weltweite Krise, die Coronavirus-Pandemie, droht den globalen Energieverbrauch. Fabriken stehen still, der Gütertransport stockt, Menschen bleiben zu Hause. Für viele Wirtschaftsbereiche ist das fatal, von menschlichem Leid ganz zu schweigen. Arme, die auf ihren Tageslohn angewiesen sind, leiden besonders. Die Luft in Ballungsräumen von Wuhan bis Los Angeles war hingegen schon lange nicht mehr so gut.

Die Pandemie ist eine Zäsur. Viele Menschen in reichen Ländern sind gezwungen, ihren Alltag herunterzufahren – und stellen fest: Es geht auch anders. Wenn weniger reisen, digitaler arbeiten und eine gewisse Beschränkung auf das Notwendige zu Trends würden, die nach Corona weiterbestehen, würde der Energiebedarf nachhaltig sinken und das Klima profitieren. Ein wesentlicher Faktor ist auch die Produktion von Gütern nah am Verbraucher. Die Krise hat die Globalisierung neu auf den Prüfstand gestellt. Dramatische Engpässe werfen die Frage auf, ob es klug ist, Medikamente, Schutzkleidung oder medizinische Ausrüstung am anderen Ende der Welt produzieren zu lassen, damit sie bei uns ein bisschen weniger kosten. Die gleiche Frage lässt sich auf viele andere Güter übertragen. Zumal der Preisvorteil nur dadurch entsteht, dass der Transport nicht adäquat – also inklusive aller Kosten, zu denen auch Umweltkosten gehören – in den Produktpreisen enthalten ist, und dass fossile Energien nach wie vor stark subventioniert werden, siehe zum Beispiel Steuerbefreiungen für Kraftstoffe in der Luft- und Seefahrt.

Diese fehlgeleitete Förderung blockiert die Energiewende und muss spätestens jetzt überdacht werden. Das ist eine der Chancen, die in der Krise liegen. Eine andere besteht darin, die nun mobilisierten staatlichen Milliardenhilfen für die nötige Dekarbonisierung der Wirtschaft zu nutzen. Laut Fatih Birol, Chef der Internationalen Energieagentur IEA, hätte das den „doppelten Effekt, die Wirtschaft zu stimulieren und den Umbau der Energiewirtschaft zu beschleunigen“. Auch Entwicklungsländer müssen handeln. Sie brauchen dafür finanzielle Unterstützung – wenn auch nur einen Bruchteil der Billionenprogramme, die Europa und Nordamerika beschlossen haben.

Im besten Fall beschleunigt die Krise den europäischen Green Deal. Es besteht aber auch die Gefahr von Rückschritten. Öl ist momentan so billig wie lange nicht mehr, das schafft nicht gerade einen Anreiz für Abkehr oder sparsamen Verbrauch. Die europäische Autoindustrie ruft nach lockereren Emissionsgrenzwerten; die US-Regierung hat sie gerade beschlossen. Experten halten die Neuregelung für den größten Rückschritt in der US-Klimapolitik, denn im Verkehrssektor entstehen die meisten CO<sub>2</sub>-Emissionen überhaupt.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass die Bewältigung der Pandemie die Politik derart dominiert, dass andere Entscheidungen lange vertagt werden. Klimapolitik hat bei einer drohenden epochalen Rezession der Weltwirtschaft einen schweren Stand. Sie zu vernachlässigen, wäre jedoch ein großer Fehler: Die Klimakrise ist nicht weg, im Gegenteil, sie spitzt sich weiter zu.

In der Coronakrise haben Regierungen bewiesen, dass sie weitgehend in das Wirtschafts- und Alltagsleben eingreifen können, dass sie bereit sind, dem Rat von Wissenschaftlern zu folgen und dass sie Milliarden mobilisieren können, wenn es gilt, großen Schaden abzuwenden. Nach der Pandemie wird es schwieriger sein als vorher, angesichts des Klimawandels die Achseln zu zucken. Am Ende steht also wieder eine Chance.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



**KATJA DOMBROWSKI**  
ist Redakteurin von **E+Z**  
Entwicklung und Zusammenarbeit/  
D+C Development and Cooperation.  
euz.editor@dandc.eu

## Monitor



### Faktor Migration

Die Weltbevölkerung wächst weiterhin und altert zugleich. Das zeigt der UN-Bericht World Population Prospects 2019 auf, den Sarah Josef von Engagement Global vorstellt. Für die Bevölkerungsentwicklung einzelner Länder ist Migration ein wichtiger Faktor.

SEITE 4

## Debatte



### Unvollendete Arbeit

Der hektische und unilaterale Abzug der US-Truppen aus Afghanistan dürfte ein ähnliches Chaos hinterlassen, wie dort nach dem Abzug der Roten Armee 1989 eintrat. Das sogenannte „Friedensabkommen“ stellt nach Einschätzung des wirtschaftspolitischen Analysten Nawid Paigham keinen echten Frieden in Aussicht.

SEITE 6

### Programme für Beschäftigung

Der Markt alleine wird die in Afrika benötigten Arbeitsplätze nicht schaffen. Erforderlich sind gut konzipierte öffentliche Beschäftigungsprogramme, die Arbeitsplätze schaffen, Infrastruktur verbessern und arme Menschen stärken. Das erläutern Joachim von Braun und Tekalign Sakketa vom Center for Development Research (ZEF) der Universität Bonn.

SEITE 7

UN-PROGNOSE

# 55 Länder werden bis 2050 einen Bevölkerungsrückgang erleben

**Die Weltbevölkerung wächst weiterhin und altert zugleich, wie der UN-Bericht *World Population Prospects 2019* aufzeigt. Geburtenraten sinken, aber die Lebenserwartung steigt. Für die Bevölkerungsentwicklung einzelner Länder ist Migration ein wichtiger Faktor.**

Von Sarah Josef

Im Jahr 2050 wird die Lebenserwartung weltweit im Schnitt 77,1 Jahre betragen. Das wären 4,5 Jahre mehr als heute, wie die UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (Department of Economic and Social Affairs – DESA) in dem Bericht ausführt. Allerdings liege die durchschnittliche Lebenserwartung in reichen Weltregionen auch heute schon mehr als sieben Jahre über der benachteiligter Länder.

Rund die Hälfte des Bevölkerungszuwachses wird sich auf neun Länder konzentrieren, wie die Wissenschaftler schreiben: die Demokratische Republik Kongo, Ägypten, Äthiopien, Indien, Indonesien, Nigeria, Pakistan, Tansania und die USA.

In 55 Ländern werde die Bevölkerungszahl bis 2050 hingegen um mindestens ein Prozent abnehmen, heißt es in dem Report. Rückgänge von 20 Prozent oder mehr erwarten die UN bis 2050 unter anderem für Bulgarien, Lettland, Litauen und die Ukraine.

Bevölkerungsschwund hat laut UN in der Regel zwei Ursachen: weniger Geburten und mehr Abwanderung. Zu den zehn Ländern, die am stärksten von Auswanderung betroffen sind, gehörten unter anderem Bangladesch und Nepal, weil Menschen im Ausland bessere Erwerbschancen sehen. Auch Flucht sei relevant – beispielsweise vor Gewaltkonflikten in Syrien und Myanmar.

36 Länder haben laut UN-Statistiken in den Jahren 2010 bis 2020 jeweils mehr als 200 000 Menschen aufgenommen. Relevant sei dabei auch temporäre Migration, um Geld zu verdienen.

In neun demografisch bereits stark gealterten Ländern habe die Zahl der Einwanderer die der Auswanderer übertroffen und dadurch den Bevölkerungsrückgang abgefedert. In Deutschland und Italien sei die Bevölkerung durch Zuwanderung sogar gewachsen.

Die UN-Experten sehen Migration grundsätzlich positiv. Sie könne Millionen von Menschen aus der Armut befreien. Um

nicht im gebärfähigen Alter sind, werde die Zahl der Geburten noch bis 2050 weiter wachsen. Das seien auch die Länder mit der höchsten Müttersterblichkeit.

Dort bestehe auch der größte, bislang ungedeckte Bedarf an Wissen über Familienplanung und verfügbaren Verhütungsmitteln (siehe Mahwish Gul im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2020/04). Gesundheits- und Bildungswesen müssten in diesen Ländern weiterhin auf viele Kinder ausgerichtet werden.

Die Gruppe der über 65-Jährigen ist aber den Daten zufolge weltweit die am schnellsten wachsende Altersgruppe. 2018 sei sie erstmals größer als die der Kinder unter fünf Jahren gewesen, und 2050 werde es mehr als doppelt so viele Menschen über 65 wie Kinder unter fünf Jahre geben.



Ohne Einwanderung würde die Bevölkerung Italiens schrumpfen: Papst Franziskus besucht ein regionales Migrationszentrum in Bologna im Jahr 2017.

das Entwicklungspotenzial zu nutzen, sei es wichtig, sichere und geordnete Migration zu fördern.

Der Bericht hebt hervor, dass demografische Trends weltweit die Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) bis 2030 erschweren. Dort wo Gesellschaften noch relativ jung und viele Mädchen noch

Um das Wohlbefinden der alten Menschen sicherzustellen, sollte ihre soziale Absicherung verbessert und der Zugang zu medizinischer Versorgung garantiert werden.

LINK

**World Population Prospects 2019, Highlights:**  
[https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019\\_Highlights.pdf](https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019_Highlights.pdf)

## Ein Impuls für Frauen

Die Worte „Frauen“ und „Führung“ hört man in Guatemala nicht oft in einem Atemzug. Ein Pionierprojekt in San Marcos, einer Stadt mit etwa 47 000 Einwohnern im Westen des Landes, will das ändern.

Seit Februar 2020 gibt es eine neue Schule für Mädchen und Frauen namens Unidas Escuela de Liderazgo para Mujeres (Einheitsschule für Frauen in Führungspositionen). Dort werden ihnen Fähigkeiten beigebracht, mit denen sie persönlich, wirtschaftlich und beruflich vorankommen sollen. Die Schule konzentriert sich nicht so sehr auf traditionelle akademische Fächer, sondern mehr auf Kompetenzen, die im Leben gebraucht werden. Dazu gehören: persönliche Finanzen, Projektmanagement, Gestaltung des Lebenslaufs, Führung und Selbstwertgefühl.

Wenn die Schule voll in Betrieb ist, wird sie zwei Kurse und vier Workshops pro Monat anbieten. Jeder Kurs wird zwischen 25 und 30 Schülerinnen und jeder Workshop bis zu 50 Schülerinnen aufnehmen können. Die Schule verfügt über drei Klassenzimmer, eine Bibliothek, ein Computerlabor und eine Grünfläche.

Das Projekt wurde von der 27-jährigen María Alejandra Menaldo ins Leben gerufen. Sie stammt aus der Region und leitete das iberoamerikanische Jugendnetzwerk, das sich für Demokratisierung einsetzt. Menaldo gründete die Schule

im relativ abgelegenen San Marcos, um Frauen und Mädchen außerhalb der großen Städte mehr Chancen zu bieten. „Ich habe mich schon immer für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau eingesetzt“, sagt sie.

Während der Gründungsphase werden die Schülerinnen durch Anzeigen in den sozialen Medien rekrutiert. Menaldo hat Dozenten von internationalen Organisationen gewonnen und will auch Vertreter lokaler Organisationen bitten, den Unterricht zu übernehmen. Die Schülerinnen zahlen eine kleine Gebühr, aber der Großteil der Kosten wird durch Spenden, vor allem von Menschenrechtsgruppen und Einzelpersonen, gedeckt.

Für die verarmte Stadt an der Südgrenze Mexikos, die Ende der 1990er Jahre als Zentrum des Drogenhandels bekannt wurde, ist ein Projekt, das die Stärkung der Frauen durch eine Berufsausbildung zum Ziel hat, geradezu revolutionär. „In den meisten Maya-Gebieten gibt es keine öffentlichen Dienstleistungen“, sagt Dorotea Gómez Grijalva, eine Aktivistin für die Rechte der Maya und Autorin von „Mi Cuerpo es un territorio político“ („Mein Körper ist ein politisches Terrain“). „Bildungsangebote sind überfällig, insbesondere für arme Frauen, Mayas und Frauen auf dem Land.“

Statistiken über den Bildungsgrad belegen dies. Die Volkszählung von Guatemala im Jahr 2018 zeigt, dass 58 Prozent der Frauen landesweit null Jahre zu Schule gingen, im Vergleich zu 42 Prozent der Männer. Im ganzen Land ist der Anteil der Frauen, die Analphabetinnen sind, höher als der Anteil der Männer. Die Analyse der Volkszählung ergibt, dass Mädchen und Frauen oft die Schule verlassen (oder nie die Schule besuchen), um Hausarbeit und Kinderbetreuung zu erledigen. Der schlechte Bildungsgrad der Frauen führt zu geringeren Verdienstmöglichkeiten. Laut dem Global Gender Gap Index 2018 des Weltwirtschaftsforums rangiert Guatemala auf Platz 107 von 149 Ländern.



**GILDANELIZ BARRIENTOS**  
ist eine Journalistin in  
Guatemala.

[gildaco154@gmail.com](mailto:gildaco154@gmail.com)

## IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT  
61. Jg. 2020

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch  
als D+C Development and Cooperation.

Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 29.4.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
D-53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

### BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,  
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

### VERLAG:

FAZIT Communication GmbH  
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

### ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81  
D-60327 Frankfurt am Main  
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum  
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

### REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),  
Dagmar Wolf (Assistenz)  
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,  
Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),  
Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),  
Sebastian Schöpssdau (Artdirector)  
Tel. (0 69) 75 91-31 10  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)  
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit  
und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die  
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter  
Societät GmbH (60%).

### ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
D-82034 Deisenhofen  
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32  
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

### DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurahessenstraße 4–6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in  
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and  
Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit  
Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei  
Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen  
Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt  
nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige  
Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat  
und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle  
die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

### BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,  
Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



AFGHANISTAN

# Unvollendete Arbeit

**Der hektische und unilaterale Abzug der US-Truppen aus Afghanistan dürfte ein ähnliches Chaos hinterlassen wie nach dem Abzug der Roten Armee 1989 eintrat. Das sogenannte „Friedensabkommen“ stellt keinen echten Frieden in Aussicht.**

Von Nawid Paigham

Ende Februar unterschrieb die Supermacht USA nach fast zwei Jahrzehnten Blutvergießen einen Vertrag mit den aufständischen Taliban. Der endlos scheinende Krieg war teuer – und eine direkte Folge der Terroranschläge auf New York und Washington vom 11. September 2001. Bald darauf stürzten

standen auch Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten. All das scheint Washington nicht mehr zu interessieren. Präsident Donald Trump will offenbar nur die Truppen heimholen, wie er 2016 im Wahlkampf versprach.

Politikerversprechen sind oft allzu einfach. Die USA sind seit der sowjetischen Invasion 1980 tief in die Geschicke Afghanistans verstrickt. Washington unterstützte die Mudschaheddin, die die Rote Armee bekämpften und aus denen die Taliban hervorgingen.

Wie bei der Invasion 2001 handelt das Weiße Haus nun wieder unilateral. Damals

mehr als terroristisch bezeichnen und von entsprechenden schwarzen Listen nehmen. Gefangene werden freigelassen.

Das Weiße Haus scheint zu glauben, die Taliban würden sich als normale politische Partei in das Verfassungsgefüge Afghanistans friedlich einfügen. Das ist Wunschenken. Die Geschichte zeigt, dass die Taliban uneingeschränkte Macht wollen. Leider ist auch wahr, dass es der internationalen Gemeinschaft nicht gelang, in Afghanistan den Aufbau eines stabilen, selbsttragenden politischen Systems zu fördern. Die gewählte Regierung ist tief gespalten und von Korruption geprägt.

Es hätte anders kommen können, hätte Washington ebenso viel Wert auf die Schaffung von Institutionen gelegt wie auf die Terroristenjagd. Es gab so heftige „Kollateralschäden“, dass allzu viele Menschen die internationalen Truppen nicht mehr als Befreier, sondern als Besatzer wahrnahmen. Dass Opium die wichtigste Exportware blieb, machte die Lage noch schwieriger. Eine friedensstiftende Verfassungsordnung ist kaum möglich, wenn eine kriminelle Branche die Volkswirtschaft dominiert. Unter Führung der USA hat die internationale Staatengemeinschaft auf dieses Problem nicht ernsthaft reagiert.

Die ethnische Zusammensetzung Afghanistans macht Frieden obendrein unwahrscheinlich. Die Taliban mögen Außenstehenden als religiöse Fanatiker erscheinen, aber aus afghanischer Sicht sind sie paschtunische Einheiten, die seit langem andere Volksgruppen bekämpfen. Die Nordallianz stützt sich auf andere Ethnien und erwies sich bei der US-Invasion als Partner Washingtons. Einige ihrer Spitzenleute gehören heute der Regierung an, und sie fühlen sich zu Recht von Trump verraten.

1989 hinterließ der Abzug der Russen ein gewaltiges Chaos. Es dürfte ähnlich kommen, wenn die Amerikaner hektisch abziehen. Das Risiko eines neuen Bürgerkrieges zwischen Taliban und Nordallianz ist groß – und früher oder später dürften die USA oder andere ausländische Mächte wieder hineingezogen werden.



**US-Helikopter 2001 in Afghanistan.**

US-Truppen die Taliban, die Afghanistan ihrem islamistischen Regime unterworfen hatten und Terroristen wie Al-Kaida eine sichere Basis boten.

Aus Sicht gewöhnlicher Afghanen bot die US-Invasion eine einmalige Gelegenheit für Wiederaufbau und Demokratisierung. Erstmals überhaupt gab es freie und faire Wahlen. Die Sicherheitslage blieb immer angespannt, aber das Freiheitsgefühl war neu. Frauen und Mädchen konnten zum Beispiel nun arbeiten und zur Schule gehen.

Als die USA vor gut 18 Jahren intervenierten, versprachen sie nicht nur den Sturz der Islamisten. Auf der Tagesordnung

ließ sich danach schnell die Unterstützung von Verbündeten und besonders der NATO mobilisieren. Die internationale Staatengemeinschaft befürwortete den Eingriff. Jetzt nahmen aber an den Friedensverhandlungen weder Verbündete noch multilaterale Akteure teil. Noch deprimierender ist, dass weder Afghanistans Regierung einbezogen wurden, noch sonstige Organisationen oder die Zivilgesellschaft des Landes.

Der Kern des Abkommens ist, dass die Taliban künftig weder die USA bekämpfen noch irgend eine Organisation unterstützen werden, welche die USA bedroht. Im Gegenzug wird die US-Regierung sie nicht



**NAWID PAIGHAM**  
ist wirtschaftspolitischer  
Analyst.

[npeigham@gmail.com](mailto:npeigham@gmail.com)

ARBEITSPLÄTZE

# Programme für Beschäftigung dringend nötig

**Der Markt alleine wird die in Afrika benötigten Arbeitsplätze nicht schaffen. Erforderlich sind gut konzipierte öffentliche Beschäftigungsprogramme (Public Works Programmes – PWP), die Jobs schaffen, Infrastruktur verbessern und arme Menschen stärken, einschließlich Frauen und Jugendlichen.**

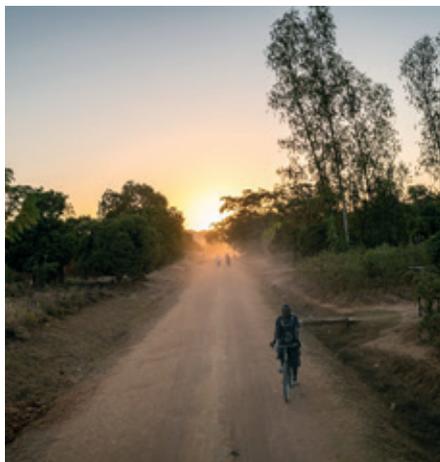
Von Joachim von Braun und Tekalign Sakketa

Afrika braucht jährlich rund 20 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Selbst eine erfolgreiche Politik kann das kaum leisten. Ohne Jobs wächst der Frust in der jungen Bevölkerung. Staaten müssen sich der Herausforderung stellen (siehe Hans Dembowski im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2020/04). Zur Wiederbelebung afrikanischer Volkswirtschaften nach der Corona-Krise werden Jobs noch wichtiger sein.

Die ländliche Entwicklung Chinas in den 1980ern wurde durch arbeitsintensive PWPs erheblich unterstützt. Die Programme bauten die lokale Infrastruktur auf und brachten viele Menschen in Arbeit. Ein ähnlicher Ansatz ist seit über zehn Jahren in Indien nützlich. 2005 wurde eine nationale Beschäftigungsgarantie für den ländlichen Raum eingeführt. Jeweils einer Person aus jedem armen ländlichen Haushalt stehen 100 Arbeitstage zum gesetzlichen Mindestlohn im Infrastrukturaufbau zu. Millionen partizipieren und viele Teilnehmende sind Frauen.

Afrikanische Politiker haben das zur Kenntnis genommen. PWPs lindern nicht nur die Armut benachteiligter Gemeinschaften, sie fördern Produktivität und treiben Wirtschaftswachstum an – und zwar besonders im ländlichen Raum. Daher setzt Afrika wieder vermehrt auf PWPs. Ihre Zahl stieg laut Weltbank von nur einer Handvoll im Jahr 2005 auf etwa 50 im Jahr 2015.

Trotzdem investieren Regierungen nur wenig Geld in PWPs. Es wäre sinnvoll, die Mittel aufzustocken und die Programmqualität zu verbessern. Bisher konzentrieren



**Landstraße in Malawi – bessere Infrastruktur wäre gut.**

sich afrikanische PWPs auf den Aufbau der ländlichen Infrastruktur, etwa auf Bewässerung, Wiederaufforstung, Bodenschutz sowie den Bau und die Instandhaltung ländlicher Straßen. Neuere PWPs unterstützen aber auch junge Menschen und informelle Betriebe in Städten. Die Programme sollen Benachteiligte nicht nur schnell in Arbeit bringen, sondern ihre Chancen langfristig verbessern.

PWPs haben potenziell eine dreifache Wirkung:

- sie kommen direkt den Menschen zugute, die sie beschäftigen,
- sie verändern die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und können das Lohnniveau insgesamt steigern, und
- die öffentlichen Güter, die sie produzieren, verbessern das Geschäftsumfeld.

Natürlich sind die Auswirkungen je nach Land und Kontext unterschiedlich. Klar ist jedoch, dass PWPs das Leben armer Menschen verbessern. Besonders Frauen und Jugendliche profitieren.

Der Erfolg der PWPs hängt von umsichtiger Planung und guter Umsetzung ab. Ziele müssen klar definiert werden. Das Lohnniveau sollte andere Unternehmen

nicht beeinträchtigen. Bauarbeiten müssen in den Saisonen geplant werden, in denen viel Unterbeschäftigung herrscht.

Die Kapazitäten afrikanischer Staaten sind eher schwach. Gut geplante PWPs können diese stärken und Regierungen helfen, ihre Entwicklungsziele zu erreichen. Es ist wichtig, aus Erfahrungen in Afrika zu lernen und die Erfolge Chinas oder Indiens zu berücksichtigen.

Vielorts zeigen sich bereits Erfolge. Im ländlichen Äthiopien beispielsweise kombiniert das Productive Safety Net Programme (PSNP) ein PWP-Elemente mit der Förderung von Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Studien zeigen, dass die Viehbestände in der Folge zugenommen haben und die Hungerphasen verkürzt wurden. Private Investitionen und Transfers wurden nicht erschwert.

Politische Entscheidungsträger sollten folgende Dinge bedenken:

- PWPs sind wichtig, um Armut und Arbeitslosigkeit von gering qualifizierten Menschen in Afrika zu bekämpfen. Jetzt ist die Zeit zu handeln.
- PWPs erfordern ergänzende Maßnahmen, wobei besonders ländliche Entwicklung gefördert werden sollte.
- WWP-Wirkungen verbessern sich, wenn Geschlechteraspekte berücksichtigt werden.
- Monitoring und Evaluierung sind nötig, um aus PWPs Lehren zu ziehen.

Wie immer muss Politik gut konzipiert und umgesetzt werden. PWPs bieten Regierungen eine Chance, sich zu beweisen.

## LINK

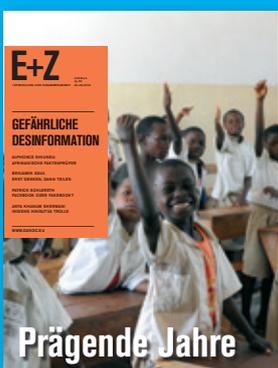
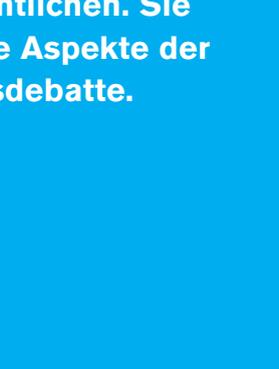
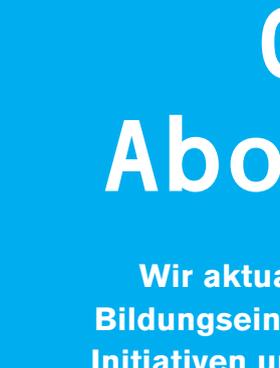
**Sakketa, T. G., und von Braun, J., 2019: Labour-intensive public works programs in sub-Saharan Africa: Experiences and implications for employment policies. ZEF Working Paper. [https://www.zef.de/fileadmin/user\\_upload/ZEF\\_WP\\_180.pdf](https://www.zef.de/fileadmin/user_upload/ZEF_WP_180.pdf)**



**JOACHIM VON BRAUN**  
ist Direktor des Center for Development Research (ZEF) der Universität Bonn.  
[jvonbraun@uni-bonn.de](mailto:jvonbraun@uni-bonn.de)



**TEKALIGN SAKKETA**  
ist Wissenschaftler am ZEF.



# GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

[www.dandc.eu/de/ez-abonnement](http://www.dandc.eu/de/ez-abonnement)

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website ([www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



Arbeiter auf einem Ölfeld  
nördlich der irakischen Stadt  
Basra.



## Energie

Die Coronakrise lässt weltweit den Energieverbrauch sinken: Fabriken stehen still, der Gütertransport stockt, Menschen bleiben zu Hause. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Energiebedarf grundsätzlich steigt und eine globale Energiewende dringend nötig ist, um das Klima zu schützen. In der Krise steckt sowohl die Chance, die aufgelegten milliardenschweren Kon-

junkturprogramme jetzt dafür zu nutzen, als auch die Gefahr, dass Klimaschutz politische Aufmerksamkeit verliert.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem 7. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): bezahlbare und saubere Energie. Er hat auch Bezüge zu weiteren SDGs.

## INFRASTRUKTUR

# Zerstörerischer Holzbedarf

**Wie in vielen afrikanischen Ländern hängen viele Menschen in Uganda von traditioneller Biomasse als Energieträger ab. Anschluss an das Stromnetz hat nur eine Minderheit.**

Von Gloria Laker Aciro Adiiki

Etwa 90 Prozent des Energieverbrauchs in Uganda wird offiziellen Zahlen zufolge durch Biomasse gedeckt. Feuerholz macht knapp 80 Prozent davon aus, 10 Prozent entfallen auf Holzkohle und Erntereste. Elektrische Energie trägt nur 1,4 Prozent zur Energiebilanz bei. Das 7. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) ist die zuverlässige Versorgung aller Menschen mit günstiger und sauberer Energie. Davon ist Uganda noch weit entfernt.

Traditionellerweise sammeln Frauen und Mädchen auf dem Land Feuerholz, um es zu trocknen und zu nutzen. Doch inzwischen werden auch Bäume abgeholzt, um Brennholz zu gewinnen. Ein beachtlicher Teil davon wird auf städtischen Märkten verkauft. Außerdem steigt der Bedarf an Ackerland in ländlichen Gebieten, denn die Bevölkerung wächst. Die Abholzung

gefährdet die Wälder und verursacht erhebliche Umweltschäden. Laut staatlichen Angaben sind Ugandas Wälder in nur zwei Jahrzehnten von 1990 bis 2010 von fast 50 000 km<sup>2</sup> auf nicht einmal mehr 30 000 km<sup>2</sup> geschrumpft. Der Trend hält an. Die Regierung schätzt, dass jährlich eine Fläche von 900 km<sup>2</sup> Wald verschwindet.

Das hat Folgen. Feuerholz wird knapp, sodass der Preis steigt und noch mehr Holz geschlagen wird. Der Wald schrumpft weiter, sodass Frauen und Mädchen beim Holzsammeln immer weiter laufen müssen. Erwachsene Frauen haben dadurch weniger Zeit für die Feldarbeit oder ein kleines Gewerbe, und Mädchen versäumen die Schule (siehe hierzu auch Dagmar Wolf im Monitor des E+Z/D+C e-Paper 2020/04).

In den meisten Dörfern gibt es keinen elektrischen Strom. Offene Feuerstellen im Haus – sei es Holzfeuer oder Kerosinöfen – sind ein großes Gesundheitsrisiko, aber vielen Menschen bleibt keine Wahl. Nur etwas mehr als 20 Prozent der Haushalte sind an das Stromnetz angeschlossen. Allerdings sind Stromausfälle häufig. Trotz der geringen Abnehmerzahl wird nicht ausreichend Strom bereitgestellt, um den Bedarf zu de-

cken. Hebammen behelfen sich regelmäßig während Geburten mit dem Schein ihres Smartphone. Mangelhafte Energieversorgung behindert nicht nur soziale Dienste, sondern auch die ökonomische Entwicklung (siehe Derrick Silimina, S. 11).

Die Regierung befürwortet Solarenergie. Solarpanels werden genutzt, um Handys aufzuladen oder Wohnräume zu beleuchten. Das können sich selbst Menschen mit geringem Einkommen leisten, und schätzungsweise 20 Prozent der Haushalte nutzen diese Technik.

Der Energiesektor hat große wirtschaftliche Bedeutung. Brennstoffabgaben, die Mehrwertsteuer auf Strom und der Export von Elektrizität generieren Staatseinnahmen. Zudem zieht diese Branche Privatinvestitionen an. Der Energiesektor ist eine Grundlage für andere Wirtschaftszweige und beschäftigt selbst Mitarbeiter. Die Regierung hofft, dass das kürzlich entdeckte Ölvorkommen Ugandas Perspektiven auf lange Sicht verbessern wird. Bisher ist davon nichts zu spüren.

Der Ölpreis auf dem Weltmarkt schwankt zur Zeit stark (siehe Aviva Freudmann, S. 14). Niedrige Preise nützen Uganda; aber hohe Preise treiben sofort Inflation an. Uganda ist Nettoimporteur von Erdölprodukten wie Diesel, Benzin und Kerosin. Die amtliche Statistik schätzt den Wert der erwarteten Brennstoffimporte im kommenden Jahr auf 1,2 Milliarden Dollar. Wegen der aktuellen Preisschwankungen sind solche Prognosen allerdings sehr unsicher.

Umweltaktivisten mahnen, dass fossile Energieträger aufgrund des Klimawandels keine Zukunft haben. Doch die Regierung hofft, mit der Förderung im Inland die Ölimporte zu drosseln. Im Prinzip ist Uganda ist mit zahlreichen Energiequellen gesegnet. Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, müssen alle Optionen ausgelotet werden. Davon hängt die Entwicklung des Landes ab. Das Potenzial erneuerbarer Energieträger – insbesondere Solarenergie – ist riesig. Dies sollte in erster Linie genutzt werden.



**GLORIA LAKER ACIRO ADIIKI**  
ist Journalistin in Uganda. Als Aktivistin engagiert sie sich zudem in der Unterstützung

von Flüchtlingen.

Twitter: @GloriaLaker



Holzkohleverkauf auf dem Land.



Wasserkraftwerk am Tanganjikasee in Sambia.

## ENERGIEPOLITIK

# Jenseits von Wasserkraft

**Sambia nutzt seit vielen Jahren Wasserkraft. Aber chronische Dürren führen dazu, dass die Staudämme nicht mehr genügend Energie produzieren. Das Land setzt deshalb verstärkt auf andere erneuerbare Energiequellen: Sonne und Wind.**

Von Derrick Silimina

Eigentlich ist Sambia wie geschaffen für die Wasserkraft. Die Wasserströme der gewaltigen Flüsse Sambesi und Kafue sind eine natürliche, saubere und erneuerbare Energiequelle. Große Wasserkraftwerke decken fast den gesamten Strombedarf Sambias.

Aber sie stoßen immer mehr an ihre Grenzen: Durch chronische Dürren sinken die Wasserstände in den Flüssen so sehr, dass die Stromerzeugung beeinträchtigt wird. Es kam in den vergangenen Jahren zu

Engpässen, die fast einem Drittel der Erzeugungskapazität aus Wasserkraft von insgesamt 2 380 Megawatt entsprachen.

Durch die extreme Dürre 2019 sank der Wasserstand im Kariba-Staudamm auf den niedrigsten Pegel seit 1996 und fiel auf zehn Prozent der nutzbaren Speicherkapazität. „Das ist wahrscheinlich die schlimmste Dürre in Sambia seit der Unabhängigkeit“ 1964, sagte Energieminister Matthew Nkhuwa vor dem Parlament.

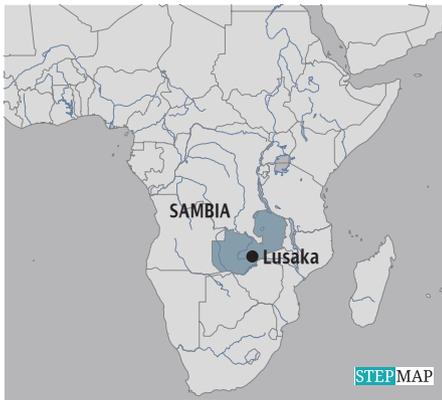
Laut der US-Entwicklungsbehörde USAID bezieht Sambia 85 Prozent seiner Energie aus Wasserkraft. Damit hängt das Land von einer Energieform ab, die der Unberechenbarkeit des Wetters unterliegt. Die durch den Klimawandel verursachte Dürre ist jedoch nicht das einzige Problem: Sambia spürt jetzt die Konsequenzen aus fehlenden Investitionen in die Wasserkraft-

anlagen. Selbst bei ausreichend Regen kann der Strombedarf von Bergbau, verarbeitender Industrie und Landwirtschaft mit der bestehenden Infrastruktur nicht gedeckt werden.

Immer wieder kommt es daher zu langanhaltenden Stromausfällen. Die Hinwendung zu alternativen Energiequellen, vor allem Sonne und Wind, soll Abhilfe schaffen. Solar- und Windkraftprojekte haben noch einen weiteren Vorteil: Sie können kleiner und dezentraler errichtet werden als die meisten Staudämme – und sie können an Mikronetze angeschlossen werden, die Strom in unterversorgte Gegenden bringen. Das ist in Sambia besonders wichtig: Nach Angaben von USAID haben nur vier Prozent der ländlichen Bevölkerung Zugang zu Elektrizität.

## EINSTIEG PRIVATER INVESTOREN

Der Großteil des sambischen Stroms wird vom staatlichen Versorgungsunternehmen Zesco produziert und verteilt. Um nicht nur die Vielfalt der Energiequellen, sondern auch die der Finanzmittel zu erhöhen, hat



Sambia seinen Energiesektor inzwischen für private Investoren geöffnet.

Die Sambesi-Flussbehörde vergab 2019 einen Auftrag an ein Konsortium unter der Führung von General Electric und Power China zum Bau eines Wasserkraftwerks im Wert von 4 Milliarden Dollar in der Batoka-Schlucht. Mit der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank unterzeichnete Sambia eine Vereinbarung zur

Entwicklung von zwei großen Solarprojekten. Auf eine Ausschreibung im Rahmen des „Scaling Solar“-Programms der IFC gab es mehrere Bewerbungen. Beide Anlagen gingen 2019 in Betrieb; laut IFC bieten sie die bisher niedrigsten Solarstrompreise in Afrika.

Auch im Bereich Windenergie gibt es vielversprechende Pläne. Im November 2019 initiierte der Energieminister ein 200-Megawatt-Windkraftprojekt in Katete in der Ostprovinz, der Baubeginn ist für 2021 geplant. Es ist die erste Phase des größeren Windprojekts Unika 1, das von privaten Investoren finanziert werden soll.

Diese Projekte werden dringend benötigt. Stromausfälle machen Sambias ohnehin schwacher Wirtschaft zu schaffen. Die chronische Stromknappheit betrifft jeden, von Privatpersonen über Kleinbetriebe bis hin zu den großen Bergbauunternehmen (siehe Kasten unten). Die Energiegewinnung aus diversifizierten Quellen könnte auch zu einem Sinken der Strompreise für die Verbraucher führen. Das kriselnde Un-

ternehmen Zesco musste Ende 2019 die Preise um bis zu 200 Prozent erhöhen – auch, um importierten Strom aus Südafrika zu bezahlen.

Die Stromkunden sind verärgert, weil sie trotz der Probleme draufzahlen müssen. „Mein Geschäft ist wegen der Stromausfälle am Ende“, sagt die 32-jährige Lucy Mbewe, die einen Friseursalon in der Hauptstadt Lusaka betreibt. „Die Regierung sollte in andere erneuerbare Energien investieren, anstatt immer vom Kariba-Staudamm abhängig zu sein.“

#### QUELLE

Faktenblatt von USAID:

<https://www.usaid.gov/powerafrica/zambia>



**DERRICK SILIMINA**

ist freier Journalist in Lusaka in Sambia. Seine

Themenschwerpunkte sind die sambische Landwirtschaft

und Nachhaltigkeitsfragen.

[derricksilimina@gmail.com](mailto:derricksilimina@gmail.com)

## Wenn die Lichter ausgehen

Werden die Wasserstände in den Wasserkraftwerken zu niedrig, unterbricht das Energieversorgungsunternehmen den Strom für die Kunden – manchmal für 20 Stunden am Tag. Das trifft alle Bereiche der Wirtschaft, von der Metallverarbeitung über Friseursalons bis hin zu Metzgereien.

Teddy Mugala, Metzger auf dem Soweto-Markt in Lusaka, kann die Auswirkungen in seinen Kühlschränken sehen. „Meine Fleischprodukte werden jedes Mal schlecht, wenn der Strom abgeschaltet wird“, beklagt er.

Das quasi-monopolistische staatliche Energieunternehmen Zesco informiert seine Kunden in Mitteilungen, wann und wo mit Stromausfällen zu rechnen ist. In

einigen Gebieten wird der Strom von früh morgens bis spät abends unterbrochen. Um die Situation zu entschär-

fen, versucht die Regierung, 330 Megawatt aus Südafrika zu importieren, was 27 Millionen Dollar kostet.

Aber die Unternehmer wollen schnellere Lösungen. „Mein Geschäft hängt von einer konstanten Stromversorgung

ab“, sagt David Munyinda, ein Metallverarbeiter im Township Kalingalinga bei Lusaka. „Der Strom wird um fünf Uhr morgens für nur zwei Stunden eingeschaltet und geht dann wieder aus. Wie soll ich so arbeiten?“ ds



Ladenbesitzer und andere Betriebe leiden unter einer unzuverlässigen Stromversorgung.

SPRITPREISE

# Angespanntes Verhältnis

**Der Schmuggel von Benzin belastet die Beziehungen zwischen Benin und Nigeria. Seit Monaten ist die Grenze zwischen den beiden ECOWAS-Mitgliedern geschlossen.**

Von Karim Okanla

Im August 2019 hat Nigerias Bundesregierung die Grenzübergänge nach Benin gesperrt. Sie wollte so den Schmuggel von Benzin, kleinkalibrigen Waffen und Nahrungsmitteln – insbesondere Reis aus Asien – unterbinden. Benins Behörden warf sie vor, gemeinsame Sache mit Kriminellen zu machen. Führende nigerianische Unternehmer wie der Milliardär Aliko Dangote befürworteten das Vorgehen ihrer Regierung. Gelegentlich drangen nigerianische Sicherheitskräfte sogar auf das Territorium Benins vor.

Der Benzinschmuggel hat eine lange Geschichte, und er geht – wenn auch in geringerem Umfang – weiter. Um die 700 Kilometer lange Grenze weniger durchlässig zu machen, setzt Nigeria zusätzliche Patrouillen ein. Tankstellen nahe der Grenze wurden geschlossen. Um den Diebstahl aus Lagern des staatseigenen Mineralölunternehmens NNPC (Nigerian National Petroleum Corporation) zu reduzieren, wurden Sicherheitskontrollen erhöht.

Vodounou ist ein energiegeladener 30-Jähriger, dessen Familie vom Schmuggel lebt. Selten verbringt er eine ganze Nacht zu Hause bei Frau und Kindern. Mit dem Moped überquert er im Buschland illegal die Grenze zu Nigeria und füllt dort seine Kanister mit Benzin auf. Seine Frau Sé verkauft den Treibstoff dann tagsüber entlang der Schnellstraße von Cotonou nach Porto Novo. Vodounou berichtet, Benzin sei im Nachbarland nicht mehr leicht zu bekommen, was sein Geschäft erschwere. Früher holte er pro Tour 400 Liter Kraftstoff, aber jetzt ist er froh, wenn er auf 100 Liter kommt.

Gerüchten zufolge wird der Schmuggel von einflussreichen Mafiabanden kontrolliert, die mit Politikern und Beamten vernetzt sind. Früher schauten Amtsträger

meist einfach weg, und in Benin tun sie das immer noch.

Nigeria ist ein ölproduzierendes Land, das Treibstoff subventioniert. Das ist die Sozialleistung, von der die Nigerianer am meisten profitieren. An regulären Tankstellen kostet Benzin in Nigeria nur etwa halb so viel wie in anderen westafrikanischen Staaten. Die Schmuggelware findet deshalb in Benin reißenden Absatz, obwohl die Qualität wegen Panscherei oft schlecht ist.

NNPC zufolge kostete der illegale Benzinhandel Nigeria vor der Grenzschließung etwa zwei Milliarden Naira (rund 5 Millionen Dollar) täglich. Seit der Schwarzhandel erschwert wurde, ist der Preis für geschmuggeltes Benzin in Benin deutlich gestiegen. Ein Liter kostet nur noch ein Prozent weniger als an regulären Tankstellen.

Doch die Beziehungen zwischen den beiden Ländern haben sich erheblich verschlechtert. Benins Außenminister Aurélien Agbénonci behauptet zwar, die Kommunikation sei gut. Aber einflussreiche Nigerianer halten sich kaum mit scharfer Kritik an Benins Präsident Patrice Talon zurück. Es ist ein offenes Geheimnis, dass auch die nigerianische Regierung davon ausgeht, dass der Staatsapparat in Benin wissentlich und tatenlos die Beniner von den Subventi-

onen des Nachbarlands profitieren ließ, die eigentlich dazu da sind, den sozialen Frieden und die politische Stabilität in Nigeria sicherzustellen.

Die Grenzschließung trifft allerdings nicht nur die Schmugglerringe, sondern behindert auch den offiziellen Handel. Das belastet Berufspendler und Firmen mit Geschäftsbeziehungen ins Nachbarland und kann keine Dauerlösung sein.

Beide Ländern gehören der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States) an. Die ECOWAS hat ein Krisenkomitee gebildet, dessen Vermittlungsversuche aber auch nach mehreren Sitzungen zu keiner Annäherung geführt haben. Ein Ziel der ECOWAS ist, den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern und Entwicklung voranzutreiben. Allerdings sind Wirtschaftsbeziehungen in Afrika oft informell, was die Durchsetzung staatlicher Politik erschwert. Das gilt auch für Benin und Nigeria.

Als dieser Artikel im April entstand, war Covid-19 das alles beherrschende Thema, das politische Entscheidungsträger in Anspruch nahm und alle anderen Probleme weniger wichtig erscheinen ließ. Dennoch fragen sich die Menschen auf beiden Seiten der Grenze, wann sie wieder geöffnet wird, und welche Regeln dann gelten werden.



**KARIM OKANLA**  
ist Mediendozent und freier Autor.

[karimokanla@yahoo.com](mailto:karimokanla@yahoo.com)



**Straßenverkauf von geschmuggeltem Benzin.**



**Mühsame Annäherung:** Russlands Präsident Wladimir Putin und der saudische König Salman im Oktober 2019 in Riad.

#### PREISVERFALL

## Ende einer Ära

**Für die OPEC gab es im April lauter Rückschläge. Der Ölpreis befand sich in freiem Fall.**

Von Aviva Freudmann

Ende April fiel der Preis für ein Fass Öl der Sorte West Texas Intermediate (WTI) mit Liefertermin Mai zeitweilig unter null. Der Weltmarkt war so sehr überflutet, dass den Produzenten die Lagermöglichkeiten ausgingen und sie Kunden dafür bezahlten, Öl abzuholen. Der WTI-Preis gilt als wichtiger Marktindikator.

Für Mitglieder der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), war diese Entwicklung besonders unangenehm. Sie trat nämlich nach, und nicht vor der Einigung von Russland und Saudi-Arabien in einem kurzen Preiskrieg ein. Beide Länder einigten sich darauf, die Produktion um 10 Millionen Barrel pro Tag zu kürzen, wobei sie die Hälfte und andere OPEC-Mitglieder den Rest übernehmen sollten. Die Märkte beeindruckte das jedoch offensichtlich nicht.

Kartelle sind oft schwächer als sie erscheinen. Sie versuchen Märkte zu manipulieren, indem sie sich auf einen überzogen hohen Preis oder auf eine Reduzierung des

Angebotes einigen. Wenn die Kartellmitglieder das Angebot einer bestimmten Ware dominieren, läuft beides auf dasselbe hinaus. Allerdings stehen Kartelle typischerweise vor einem Problem: Jedes Mitglied spürt den Anreiz, die anderen zu betrügen und von manchen Kunden niedrigere Preise zu verlangen oder mehr Öl zu fördern als vereinbart.

Derlei belastet die OPEC schon lange, aber bislang hielt sie dennoch zusammen. Nun mehren sich aber die Zeichen, dass ihre Zeit abläuft. Der weltweite Ölmarkt hat sich so sehr verändert, dass die OPEC ihn nicht mehr beherrschen kann. Erwähnenswert ist dabei, dass US-Präsident Donald Trump verkündete, er habe die neuerliche Einigung von Russland und Saudi-Arabien unterstützt. Höhere Preise dienen schließlich auch amerikanischen Ölproduzenten. Trotz dieser Unterstützung aus Washington hat die OPEC längst nicht mehr den Einfluss wie früher.

Am 27. April berichtete die Financial Times, ein im Juni zu lieferndes WTI-Fass kostete nur 12,27 Dollar. Das war weit weniger als die 20 bis 30 Dollar, welche die OPEC angestrebt hatte. Vor einem Jahr schwankte der Preis noch zwischen 70 und 80 Dollar,

und dieses Niveau bräuchten die Mitglieder auch langfristig.

Der Absturz des Ölpreises und die verschärfte Konkurrenz von Nichtmitgliedern macht der OPEC das Leben schwer. Ihre Dominanz ist Geschichte. Offensichtlich trägt die Covid-19-Pandemie erheblich zu den Problemen bei, denn sie ließ die Treibstoffnachfrage weltweit um ein Drittel einbrechen. Der Ölpreis wird sich nicht schnell erholen. Die aktuelle Krise macht aber nur seit langem bestehende Probleme deutlich.

Ein Grund für das Schwinden des OPEC-Einflusses ist die inhärente Instabilität aller Kartelle. Je ungünstiger die Marktbedingungen werden, umso größer ist der Anreiz, gegen die Kartellabsprachen zu verstoßen. Jedes Mitglied will schließlich so viel wie möglich verkaufen.

Ein zweiter Grund sind die Spannungen zwischen der OPEC und ihren Partnern, die ihr nicht angehören. Russland ist kein Mitglied, kooperiert aber meist eng mit dem Kartell. Dieses Bündnis wird OPEC+ genannt. Der jüngste Preiskrieg zeigte nun, dass diese Allianz nicht sonderlich belastbar ist. Die Spannungen dürften wieder wachsen, nachdem die Preisstabilisierung misslang.

Drittens ist die Konkurrenz durch andere Ölproduzenten – allen voran die USA – stetig gewachsen. Die USA sind mittlerweile dank Fracking zum Energieexporteur geworden. Andere Länder haben die Förderung ebenfalls erhöht, sodass die OPEC nur noch etwa ein Drittel zum weltweiten Öl-Angebot beiträgt. Das reicht für Marktdominanz nicht.

Viertens haben weltweit die Bemühungen um Energieeffizienz und Erneuerbare zugenommen. Umweltschutz reduziert die Ölnachfrage zum Nachteil der OPEC.

Die OPEC-Länder brauchen die Einnahmen, die sie mit Ölexporten erzielen. Der Internationale Währungsfond schätzt, dass den Mitgliedern des Golf-Kooperationsrates, die für etwa ein Fünftel der Weltproduktion aufkommen, spätestens 2034 das Geld ausgeht, wenn die Finanztrends anhalten sollten, die vor Covid-19 vorherrschten.

Aus all dem folgt, dass es der OPEC kaum gelingen wird, den Ölpreis wieder zu kontrollieren. Mitleid hat das Kartell aber nicht verdient, denn es hat 60 Jahre lang sehr erfolgreich gearbeitet (siehe meinen Aufsatz auf der nächsten Seite). Diese Ära geht nun zu Ende.

## ÖLMÄRKTE

# Der Fall der Mächtigen

**In den 1970er Jahren konnten Öl-Königreiche im Nahen Osten und andere Ölproduzenten die Weltwirtschaft unter Druck setzen, indem sie den Ölhahn zudrehten. Diese Zeiten sind vorbei.**

Von Aviva Freudmann

Die globalen Ölpreise sind in den vergangenen Monaten drastisch gesunken. Das hat mit dem vermehrten Fracking in den USA und einer weltweiten Zunahme erneuerbarer Energien zu tun. Aktuell drückt zudem die Corona-Krise die Preise. Die Organisation erdölexportierender Länder (Organization of Petroleum Exporting Countries – OPEC) hat versucht, die Produktion zu drosseln, um die Preise hoch zu halten, aber das wird immer schwieriger (siehe mein Kommentar auf S. 14).

Im April 2019 kostete ein Barrel OPEC-Öl (gewichteter Durchschnitt der OPEC-Mitgliedstaaten) etwa 70 Dollar. Ein Jahr später lag der Preis tagesaktuell zwischen 20 und 30 Dollar. Der Website Hydrocarbon Engineering zufolge wurden im ersten Quartal 2020 weltweit täglich 3,8 Millionen Barrel pro Tag (barrels per day – bpd) weniger nachgefragt als im gleichen Zeitraum 2019. Auf der Website heißt es: „Dies entspricht

einer Abwärtskorrektur von 4,5 Millionen bpd gegenüber Schätzungen vor dem Covid-19-Ausbruch. Nie zuvor wurde ein derartiger vierteljährlicher Rückgang verzeichnet.“

Die zunehmende Konkurrenz von Nicht-Kartell-Produzenten wie Russland, Norwegen und USA hat den Einfluss der OPEC geschwächt. Heute hat das Kartell mit einem Anteil von gerade einmal rund einem Drittel am Weltölmarkt keine dominante Position mehr. Was die OPEC an Produktion senkt, gleichen andere Länder aus. OPEC-Mitglieder sind die Öl-Königreiche im Nahen Osten, Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate, sowie Iran, Irak, Libyen und Algerien. Auch fünf afrikanische Länder und Venezuela gehören dazu. In einem gewissen Rahmen kooperiert zudem Russland mit der OPEC.

Die Länder des Nahen Ostens dominieren die OPEC. Der Sturz der Weltölpreise trifft sie mitten in der Bemühung, ihre Volkswirtschaften zu diversifizieren. Sie wollen weniger abhängig von Ölexporten werden. Diversifizierung erfordert teure Investitionen – der massive Einbruch der Öleinnahmen erschwert dies.

Der Golf-Kooperationsrat (Gulf Cooperation Council – GCC: Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait, Ka-

tar, Bahrain und Oman) produziert immer noch etwa ein Fünftel des weltweiten Öls. Doch sein Vermögen hängt eng mit dem der OPEC zusammen. Die Aussichten sind momentan düster.

Die steuerlichen Folgen sinkender Öleinnahmen könnten größer und akuter sein als in den Prognosen der GCC-Länder, warnte der Internationale Währungsfonds (IWF) Anfang dieses Jahres in seinem Bericht „Die Zukunft des Öls und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in der GCC-Region“. Und: „Bei der aktuellen Haushaltslage könnte der Wohlstand der Region bis 2034 erschöpft sein.“

## INVESTOREN ANLOCKEN

Die Abschwächung durch den langfristigen Ölpreisverfall und die Corona-Pandemie haben auch das Interesse ausländischer Investitionen aus Nicht-Öl-Branchen im Nahen Osten gedämpft. Die Ölmonarchien wollen Investitionen in technische Branchen anleiern und neue Exportmärkte erschließen. Entsprechend interessieren sie sich für ausländische Direktinvestitionen und internationale Joint Ventures in der Fertigung.

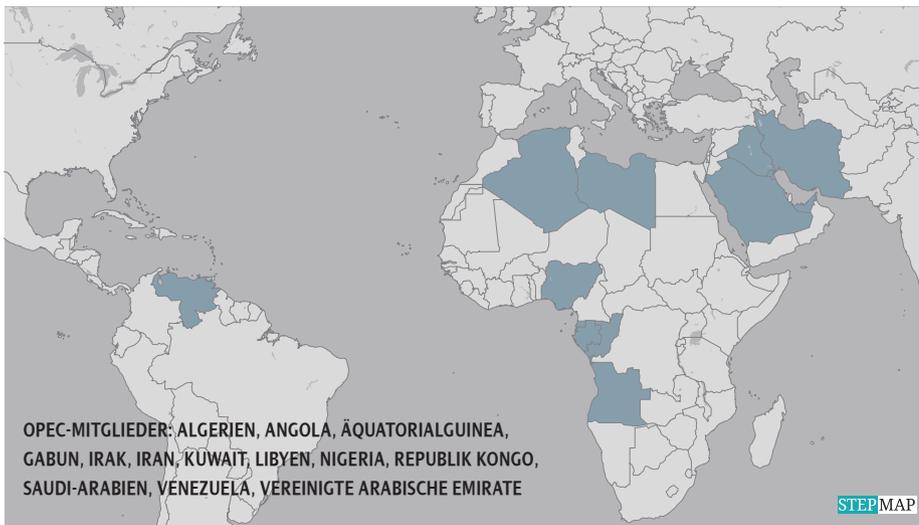
Die negativen Aussichten der Region schrecken Anleger ab. Der Analyst Jihad Azour wies Ende März in einem IWF-Blog darauf hin: „Niedrigere Exporteinnahmen werden externe Positionen schwächen und Einnahmen senken, Staatshaushalte unter Druck bringen und auf die restliche Wirtschaft übergreifen.“ Er ergänzte, dass die hohe „globale Risikoaversion und die Kapitalflucht zu sicheren Vermögenswerten seit Mitte Februar zu einem Rückgang der Portfolioströme in die Region um fast 2 Milliarden Dollar“ geführt haben.

Für das OPEC-Mitglied Iran sieht es besonders düster aus. Es kämpft mit den Folgen der US-Sanktionen – unter anderem werden ausländische Investitionen in den Energiesektor des Landes blockiert. Die iranische Regierung prognostiziert, dass die Öleinnahmen im nächsten Geschäftsjahr um 70 Prozent sinken werden. Das Wirtschaftswachstum des Landes wird 2020 voraussichtlich bei null liegen. Seine beträchtlichen Kohlenwasserstoffreserven sind derzeit keine Hilfe.

Die einzige Hoffnung für die Ölproduzenten im Nahen Osten ist, dass ein Rückgang des Weltölpreises auch den



Iraks Volkswirtschaft hängt von Öl ab.



US-Ölproduzenten schadet. Die Schieferöl-Revolution hat die USA zu einem Netto-Öl-Exporteur gemacht. Präsident Donald Trump hat die heimische Industrie dafür gelobt, die Abhängigkeit der USA von ausländischem Öl verringert, hoch bezahlte Jobs geschaffen und die Steuereinnahmen erhöht zu haben. Liegen die Preise unter einem bestimmten Niveau, bedeutet das jedoch, dass die US-Unternehmen Schieferöl nicht mehr rentabel produzieren können. Womöglich müssen etliche aufgeben.

Sobald der Ölpreis steigt, würden gewiss neue Fracking-Unternehmen Schieferöl ausbeuten. Für die OPEC ist die Lage un-

angenehm: Produzieren Mitglieder weniger, stabilisieren sich die Preise – zum Nutzen der OPEC-Konkurrenten. Produzieren sie mehr, leidet die Konkurrenz, aber auch die eigenen Einnahmen sinken. Es ist unmöglich, die Konkurrenz über niedrige Preise zu verdrängen und eine Art Monopol zurückzugewinnen, da steigende Preise wieder zu Wettbewerb führen. Das Wissen, dass fossile Brennstoffe Hauptursache für die Klimakrise sind, erhöht den Druck. Auch multinationale Ölfirmen stehen unter Druck (siehe Kasten unten).

Die Lage ist völlig anders als 1973, als die Organisation der arabischen erdölexport-

tierenden Staaten ein Embargo verkündete, den Ölpreis innerhalb von sechs Monaten vervierfachte und so die Weltwirtschaft ins Wanken brachte. 1979 folgte eine zweite Ölkrise mit ebenso drastischen Folgen. Heute sorgen die Verbraucher für diese Schocks – unterstützt von konkurrierenden Nicht-OPEC-Produzenten. Erstaunlich, wie tief die Mächtigen gefallen sind.

#### LINKS

**Hydrocarbon Engineering, 2020: IHS Markit predicts largest oil demand fall in history.**  
<https://www.hydrocarbonengineering.com/special-reports/05032020/ihs-markit-predicts-largest-oil-demand-fall-in-history/>  
**IWF, 2020: The future of oil and fiscal sustainability in the GCC region.**  
<https://www.imf.org/en/Publications/Departmental-Papers-Policy-Papers/Issues/2020/01/31/The-Future-of-Oil-and-Fiscal-Sustainability-in-the-GCC-Region-48934>



**AVIVA FREUDMANN**  
 ist freiberufliche  
 Wirtschaftsjournalistin mit  
 Sitz in Frankfurt. Sie  
 unterstützt die Redaktion von

**E+Z/D+C** regelmäßig. Omid Shokri Kalehsar aus Washington hat als Energie- und Sicherheitsanalyst sowie als Gastdozent an der George Mason University Recherchen für diesen Artikel durchgeführt.  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

## Öl-Konzerne spüren den Schock

Die Ölpreisschocks treffen zuallererst multinationale Unternehmen wie Exxon-Mobile oder BP. Die Aktienkurse der Öl-Großkonzerne sind in den vergangenen Jahren gesunken, die Bewertungen wurden im ersten Quartal 2020 erneut halbiert. Das trifft auch die Anleger hart. Öl- und Gasaktien sind deutlich hinter den Erwartungen des Marktes zurückgeblieben, was natürlich auch mit der Corona-Krise zusammenhängt.

Die Öl- und Gasindustrie hat dieses Jahr zehntausende Jobs abgebaut, und sie investiert dieses Jahr viel weniger. Die britische Zeitung The Guardian titelte: „Wird das Coronavirus die Ölindustrie töten und helfen, das Klima zu retten?“

Sobald die Weltmarktpreise fallen, stoppen Ölfirmen Investitionen, denn niedrigere Preise bedeuten, dass weniger Projekte rentabel sein werden. Das wirkt sich auf die gesamte Wertschöpfungskette aus, ein-

schließlich der Pipeline-Unternehmen und Raffinerien.

Der staatliche saudische Ölriese Aramco versucht, eine 1,5 prozentige Beteiligung am Unternehmen für 25,6 Milliarden Dollar zu verkaufen. Beobachter bezweifeln, dass das gelingt. Den Anlegern ist bewusst, dass der Sektor riskanter wird. Die Zentralbanken bewerten zunehmend die Klimarisiken, die der Finanzsektor eingeht, um negative Anreize zu schaffen, etwa damit sie höhere Zinssätze zahlen (siehe Hans Dembowski im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2020/03). Zudem haben Regierungen weltweit im Pariser

Klimaabkommen versprochen, den Verbrauch fossiler Brennstoffe zu reduzieren. Das mag langsamer gehen als Umweltschützer hoffen, bedeutet aber, dass in Öl zu investieren keine sichere Bank mehr ist wie früher.

Anleger fragen sich auch, inwieweit das Aramco-Management politisch gesteuert wird. Immerhin legt die saudische Regierung fest, wie viel Aramco produziert. Dabei ist es offensichtlich, warum die Saudis Aramco-Aktien verkaufen wollen: Sie brauchen Geld für die Diversifizierung ihrer Wirtschaft. Natürlich erschwert der niedrige Ölpreis nun den Verkauf. af



Protest gegen ein Kohlekraftwerk, das Kenia mit chinesischer Unterstützung in der Hafenstadt Lamu bauen will.

FOSSILWIRTSCHAFT

## China finanziert weiter weltweit Kohlekraft

**Chinesische Banken und Unternehmen investieren kräftig in den Bau neuer Kohlekraftwerke – vor allem im Ausland. Damit verhalten sie sich wider dem globalen Trend und der Politik der eigenen Regierung, die die Förderung erneuerbarer Energien zur Top-Priorität gemacht hat.**

Von Nora Sausmikat und Quirin Jetschke

China ist ein widersprüchliches Land. Einerseits liegt es an der Weltspitze im Bereich erneuerbare Energien, andererseits liegen chinesische Unternehmen weltweit beim Ausbau neuer Kohlekraftwerke vorne: 54 Gigawatt (GW) in 20 Ländern (siehe Global Coal Exit List der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald). China ist allerdings kein Einzelfall: Die meisten Kredite für den Bau von Kohlekraftwerken weltweit stammen von japanischen und europäischen Banken.

Chinas Wirtschaftswunder basiert auf der Kohleförderung. Rund die Hälfte aller Kohle stammt aus dem bevölkerungsreichsten Land der Welt und wird auch dort

verbrannt. Damit ist China der größte Kohleproduzent. Doch während China in der Steinkohleförderung Platz eins einnimmt, liegt Deutschland bei Braunkohleförderung und -verbrauch weltweit an der Spitze: 17 Prozent gegenüber 14 Prozent des Anteils am Weltverbrauch laut Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Auch ist Chinas Energiehunger nicht allein auf die chinesische Industrieproduktion zurückzuführen, denn Unternehmen aus aller Welt lassen in China produzieren und tragen so zum dortigen Rohstoffkonsum bei. Auch Deutschland führt natürlich mehr aus als es importiert.

2004 hat China begonnen, innen- und industriepolitisch umzusteuern. Mai Kai, damals Vorsitzender der obersten Planungsbehörde National Development and Reform Commission (NDRC), rief zu einer neuen Rohstoffpolitik auf, die das Land auf den Weg der Nachhaltigkeit führen sollte. Damit einher ging eine massive Förderung von Auslandsinvestitionen.

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch nicht enden wollende Proteste gegen die enorme Luftverschmutzung und kriti-

sche Reportagen über das soziale Elend der Kohlebergarbeiter. Chinas Bergwerke werden seither modernisiert, 2014 erschienen Leitlinien für die soziale Verantwortung von Bergbauunternehmen, und die Braunkohleförderung ging erstmals seit 1970 zurück.

Nun soll Gas Kohle als Energieträger ersetzen – der entsprechende Transformationsprozess ist in vollem Gange. Die Regierung hat drastische Maßnahmen ergriffen, um den Kohleverbrauch zu senken: 2017 wurde das letzte Kohlekraftwerk in Peking vom Netz genommen, im September 2019 rief die Hauptregulierungsbehörde National Energy Administration (NEA) sogar alle Regionen und Provinzen auf, ihre Klein-Kohlekraftwerke (unter 50 000 Kilowatt) allesamt zu schließen. Außerdem sollen die Heizungen von mehr als 2 Millionen Haushalten in den Industriezentren mit starker Luftverschmutzung auf Flüssiggas (LNG) umgestellt werden. Dessen Import wird in den nächsten Jahren massiv ansteigen.

Doch in der Gesamtbetrachtung sind die Maßnahmen nur ein Tropfen im Ozean: Laut der Nachrichtenagentur Reuters machen die 8,7 GW vorgesehene Kohle-Einsparung nur etwas unter einem Prozent der Gesamtkapazität Chinas aus. Im Energiemix hat China zwar den Anteil der Kohle von 68 Prozent im Jahr 2012 auf 59 Prozent im Jahr 2019 abgesenkt, doch der absolute Verbrauch steigt weiter an. Zurzeit werden im Reich der Mitte Kohlekraftwerke mit einem Leistungsvolumen gebaut, das die gesamte Förderkapazität der Europäischen Union

übersteigt. Übersehen wird bei der Kohle-zu-Gas-Strategie zudem, dass auch LNG zu den fossilen Energieträgern gehört.

## WIDERSPRÜCHLICHE POLITIK

China ist weltweit der größte Investor in erneuerbare Energien, 45 Prozent davon fließen ins eigene Land. Außerhalb der eigenen Grenzen investiert China aber kräftig in Kohle (siehe Beitrag von Katja Dombrowski in E+Z/D+C 2018/01, Monitor). Seit dem Eintritt des Landes in die Welthandelsorganisation und dem Start der sogenannten „Go Global“-Strategie im Jahr 2001 investieren chinesische Unternehmen – unterstützt durch die Außenhandelsförderung des Staates – massiv in ausländische Energieinfrastruktur. Der heimische Kohlemarkt war zu dieser Zeit gesättigt und Kohleunternehmen auf der Suche nach neuen Absatzmärkten, welche sie vor allem in Süd- und Südostasien fanden.

2010 erreichten die chinesischen Investitionen in Kohlekraftwerke ihren Höchststand. Allein in dem Jahr schlossen chinesische Unternehmen und Investoren Verträge über 50 GW an zusätzlicher Kohle-

verstromung mit anderen Ländern ab. Die Jahre 2010 bis 2013 waren dann von einer leichten Stagnation gekennzeichnet. Niedrige Wachstumsraten in Asien und Richtlinienänderungen in Indien – damals wie heute der größte Empfänger chinesischer Kohleinvestitionen – führten dazu, dass einige Projekte storniert wurden und Investoren zurückhaltender agierten.

2013 stellte die Regierung die Auslandsinvestitionen unter das Dach der One Belt One Road Initiative (siehe Beitrag von Katja Dombrowski in E+Z/D+C e-Paper 2017/10, Monitor). Im Rahmen einer neu formulierten Entwicklungsstrategie wurde die Förderung regenerativer Energien zur „Top-Priorität“ – und trotzdem landen drei Viertel der chinesischen Außenhandelsförderung im Energiebereich in fossilen Projekten. 221 GW Kohleverstromung sind geplant, fast das Doppelte der Vorhaben Indiens und mehr als die derzeitige Kapazität Deutschlands von 200 GW. Laut der Datenbank Global Coal Exist List 2019 sind 744 Kohlekraftwerke und -minen für 89 Prozent der weltweiten thermischen Kohleproduktion verantwortlich (die restlichen 11 Prozent erfasst die Liste nicht, weil es sich um

Kleinkraftwerke handelt oder sie aus anderen Gründen nicht die Kriterien erfüllen). 400 dieser Unternehmen wollen expandieren, ein Viertel davon sind chinesisch.

Viele Zielländer chinesischer Investitionen stehen vor der Herausforderung einer rasant wachsenden Bevölkerung und eines steigenden Energiebedarfs, hervorgerufen vor allem durch voranschreitende Industrialisierung. Groß angelegte Investitionen in Kohle behindert diese Länder langfristig in ihrer Entwicklung. Die Kraftwerke haben eine durchschnittliche Lebensdauer von über 40 Jahren, viele werden aber früher außer Dienst gestellt werden müssen. Kohle ist die schmutzigste Art der Energiegewinnung überhaupt.

Laut einem Bericht des IEEFA (Institute for Energy Economics and Financial Analysis, 2019) mit Sitz in Ohio steigen chinesische Kreditgeber dort ein, wo andere Banken sich aus der Kohlefinanzierung zurückziehen. Der Bericht, der auf Daten des Global Coal Plant Trackers basiert, fand heraus, dass Entwicklungs- und Staatsbanken sowie Firmen aus China mehr als ein Viertel aller außerhalb von China geplanten Kohlekapazitäten (102 von 399 GW) finanzieren.

## Kohleboom in Bangladesch

Bangladesch produziert aktuell rund ein Drittel mehr Energie, als es selbst benötigt. Trotzdem plant das Land 17 neue Kohlekraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 20 Gigawatt und möchte so seinen Kohleanteil im Strommix von bisher fünf Prozent auf 40 bis 50 Prozent erhöhen.

13 dieser neuen Kraftwerke werden von chinesischen Staats- und Privatunternehmen getragen, davon sind momentan fünf im Bau. Alle diese Projekte gehen mit Landnahme und Bedrohung von Biodiversität einher. In eins der Kraftwerke investiert auch die durch China dominierte multilaterale Asiatische Infrastrukturinvest-

mentbank (Asian Infrastructure Investment Bank – AIIB), an der auch Deutschland beteiligt ist und die sich rühmt, „lean, clean and green“ zu investieren. Umweltauflagen sowie angemessene Entschädigungen für die Landbesitzer wurden jedoch missachtet.

Doch auch deutsche Unternehmen fördern die nicht nachhaltige Entwicklung: Die Firma Fichtner ist leitendes Ingenieurbüro beim Bau des Kohlekraftwerks in Rampal mit einer Leistung von 1300 Megawatt, wodurch die größten Mangrovenwälder der Welt dauerhaft zerstört werden könnten. Mangrovenwälder sind wichtige CO<sub>2</sub>-Speicher.

Bangladesch hat gleichzeitig ein riesiges Potenzial an Solar- und Windkapazität und könnte durch ein Zusammenspiel internationaler, supra-

nationaler und nationaler Akteure eines der ersten Länder werden, die ein dezentrales, grünes Energiesystem aufbauen. ns/qj



Arbeiterinnen und Arbeiter entladen Kohle von einem Schiff in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka.

Dazu gehören auch Investitionen in Kohleexport, Kohlekraftwerke sowie die dazugehörige Infrastruktur.

Die Daten der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald* ergaben darüber hinaus, dass chinesische Banken weltweit die dominierende Rolle bei der Förderung von Kohlekraftwerken einnehmen, da sie 69 Prozent der weltweiten Underwritings, also Investment-Dienstleistungen für die Kohleinvestitionen, übernehmen. Kurz gesagt: Sie sorgen dafür, dass sich die Kohleinvestitionen auch lohnen. Die Bevölkerung der Zielländer profitiert hingegen weniger – im Gegenteil: Vielerorts fehlen dringend nötige Umweltschutzaufgaben oder diese werden vor dem Hintergrund der chinesischen Investitionen aufgeweicht (siehe Beispiel Bangladesch, Kasten vorherige Seite).

Auch wenn Chinas gegenwärtige Energie- und Industriepolitik nicht unerheblich zum Klimaschutz beiträgt, sind chinesische Banken und Unternehmen zugleich führend in der Ausweitung der Kohleinvestitionen. Weltweit ziehen sich Kapitalgeber zunehmend aus dem Kohlegeschäft zurück und UN-Generalsekretär António Guterres

hat dazu aufgerufen, ab diesem Jahr keine neuen Kohlekraftwerke mehr zu bauen. Doch das ist nur zu schaffen, wenn China als einer der führenden Finanzierer von Kohlekraft aussteigt. Die chinesische Firma Ping An, eine der größten Kohleversicherungen der Welt, hat nun den ersten Schritt gewagt und eine Kohleausstiegsstrategie vorgelegt. Das ist ein Hoffnungsschimmer – denn Kohle darf sich nicht mehr lohnen.

Es kann jedoch auch ganz anders kommen: Wie ein neuer Report von Carbon Tracker zeigt, will China nach der Coronakrise die Wirtschaft mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke ankurbeln. Allein zwischen dem 1. und 18. März wurden acht GW neue Kohlekapazität genehmigt, Lockerung der Kohleregulierung wird in Aussicht gestellt und es gibt Pläne, zusätzliche 158 Milliarden Euro in neue Kohlekapazität zu investieren.

**QUELLEN**

Global Coal Exit List von *urgewald*:

<https://coalexit.org>

IEEFA, 2019: China at a Crossroads. Continued Support for Coal Power Erodes Country's Clean Energy Leadership.

[https://ieefa.org/wp-content/uploads/2019/01/China-at-a-Crossroads\\_January-2019.pdf](https://ieefa.org/wp-content/uploads/2019/01/China-at-a-Crossroads_January-2019.pdf)

Global Coal Plant Tracker:

<https://endcoal.org/global-coal-plant-tracker/>

Carbon Tracker, 2020: Political decisions, economic realities: The underlying operating cashflows of coal power during COVID-19.

<https://carbontracker.org/reports/political-decisions-economic-realities/>



**NORA SAUSMIKAT**  
arbeitet seit 2019 bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald* mit dem Fokus auf China.

Vorher leitete sie viele Jahre das China-Programm der Stiftung Asienhaus.  
[nora.sausmikat@urgewald.org](mailto:nora.sausmikat@urgewald.org)



**QUIRIN JETSCHKE**  
studiert internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der Universität Duisburg-Essen

und ist Werkstudent bei *urgewald*.  
[quirin.jetschke@stud.uni-due.de](mailto:quirin.jetschke@stud.uni-due.de)



Folgen Sie uns auf  
**Twitter!**

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



ÖKOSTROM

# Zu langsam

**Das Pariser Klimaabkommen verpflichtet alle Vertragsparteien, nationale Beiträge zum internationalen Klimaschutz zu benennen. Indien hat unter anderem versprochen, 40 Prozent der Stromerzeugung bis 2030 auf erneuerbare Energie zu stützen. Im jetzigen Entwicklungstempo ist das schwerlich zu erreichen.**

Von Aditi Roy Ghatak

Covid-19 war im März und April das beherrschende Thema. Aber schon davor lief es nicht rund. Einer der vielversprechendsten Hersteller von Solarprodukten im Land schnappte schon nach Luft. Das Management klagte über „Konjunkturabschwung,



**Solarpanel in einem Dorf in Jharkand.**

inkonsistente Politik, ungünstige Handelsbeschränkungen und eine Liquiditätskrise“.

Tatsächlich scheinen die Transformationsziele in weiter Ferne. Das Institute for Energy Economics and Financial Analysis (IEEFA) aus den USA spricht von „nichtlinearem“ Fortschritt mit „zwei Schritten voran und einem zurück“.

Ein berechenbares Investitionsklima wäre aber nötig, um nachhaltige Infrastruktur zu schaffen, die menschliche Gesundheit schützt, ökologisch verträglich ist und

das Wachstum antreibt. Denn Anleger wollen Risiken kalkulieren.

Kohle ist bislang der wichtigste Energieträger in Indien. 60 Prozent der Stromerzeugung beruhen darauf, und auf andere fossile Brennstoffe entfallen weitere 20 Prozent. Richtig ist aber auch, dass der Energieverbrauch in Indien recht gering ist. Pro Kopf entstehen etwa 80 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen als in Deutschland.

Solarstrom sollte eigentlich den Weg zu sauberer Selbstversorgung bahnen. Bis 2022 wurde eine Erzeugungskapazität von 100 Gigawatt (GW) versprochen, wofür Investitionen im Wert von 100 Milliarden Dollar nötig gewesen wären. So viel Geld ist aber nicht geflossen, und die aktuelle Solar-

kapazität beträgt nur 32 GW. Eine Verdreifachung in zwei Jahren ist kaum zu schaffen.

Selbstverständlich ist das Solarpotenzial in Indien riesig. Es ist aber leichter, große Versprechen zu machen, als sie zu halten. Es gibt ernsthafte administrative und finanzielle Probleme. Neue Zölle, die auf chinesische Solarpaneele erhoben werden, haben den Wandel gebremst, aber die heimische Industrie nicht wirksam geschützt. Die Einführung der neuen Mehrwertsteuer hat sich ebenfalls störend ausgewirkt. Sie hat sechs verschiedene Sätze, die für unterschiedliche

Sektoren gelten, von denen mehrere für erneuerbare Energie relevant sind. Schwierigkeiten machen auch der Patentschutz und der Zugang zu Technologie.

Diverse Verzögerungen haben nun zu einer Abwärtsspirale geführt. IEEFA-Experte Tim Buckley sagt, die Ziele für 2022 seien nicht mehr in Reichweite. Neben 100 GW Solarkapazität gehörten dazu auch 60 GW Windkraft, zehn GW auf Basis von Biomasse und fünf GW Wasserkraft aus Kleinanlagen.

Für das Finanzjahr 2029/30 sind für das landesweite Versorgungsnetz 450 GW erneuerbare Stromerzeugung geplant. Das wäre grundsätzlich zu schaffen. Allein für Windkraft in 100 Metern Höhe schätzen die Experten das Potenzial auf 300 GW. Ende letzten Jahres waren davon nicht einmal 37 GW verfügbar.

Das IEEFA beanstandet, dass Produzenten, die erneuerbaren Strom in das Netz eingespeisen, nur 2,43 Rupien pro Kilowattstunde bekommt – ein Viertel bis ein Drittel weniger, als die Erzeuger von Kohlestrom einstreichen. Der finanzielle Anreiz stimmt nicht, auch wenn billiger Ökostrom im Stromversorgungssystem sicherlich willkommen ist.

Energiespeicherung ist ein weiteres Problem. Die Sonne scheint nicht immer. Manchmal herrscht Windstille. Ohne Speicherkapazitäten kann die Versorgung der Nation nicht mit Erneuerbaren geleistet werden. Es gibt neue Lösungsmöglichkeiten und die Kosten sinken. Nötig wären jetzt ambitionierte politische Vorgaben. Stattdessen erleben wir Zögern bis hin zur Lethargie. Selbst der Energieausschuss des nationalen Parlaments hat Sorgen wegen der langsamen Umsetzung geäußert. Covid-19 dürfte zusätzlich bremsen.

Indien darf den Wandel aber nicht vermasseln. In Kaufkraft gemessen hat das Land die größte Volkswirtschaft der Welt und die Bevölkerung wird bald 1,4 Milliarden erreichen. Laut dem BP Energy Outlook 2018 wird Indien bis zum Ende dieses Jahrzehnts China als größten Wachstumsmarkt für Energie überholen. Indien braucht Energie, und die Lösungen müssen nachhaltig sein.



**ADITI ROY GHATAK**  
ist eine Wirtschaftsjournalistin aus Kalkutta.

[aroyghatak1956@gmail.com](mailto:aroyghatak1956@gmail.com)

## ERNEUERBARE ENERGIE

# Netze und Speicher gefragt

**Regenerative Quellen spielen bei der Stromproduktion weltweit eine immer größere Rolle. Um deren Ausbau weiter voranzutreiben, sind jetzt vor allem Netze und Speicher gefragt. Ohne diese nächste Etappe der Transformation kann die Energiewende nicht gelingen und verfehlt die internationalen Klimaziele.**

Von Friederike Bauer und Achim Neumann

Der Umstieg auf nachhaltige Energie müsste angesichts der Klimakrise noch zügiger vorangehen. Dennoch hat die Energiewirtschaft schon viel erreicht und wandelt sich schneller als alle anderen klimarelevanten Bereiche, etwa der Transportsektor, die Landwirtschaft oder die Industrie.

Weltweit machen die regenerativen Energien mittlerweile rund ein Drittel der Stromkapazität aus. Allein im Jahr 2018 wuchs ihr Anteil an der Stromproduktion um sieben Prozent. Insgesamt ist der Zuwachs an erneuerbaren Energien im vierten Jahr in Folge größer als der aus fossiler und aus Atomenergie zusammengenommen.

Auch die Europäische Union will umsteuern und hat kürzlich einen Green New Deal verkündet, mit dem sie bis 2050 klimaneutral werden möchte. Dabei spielt die Dekarbonisierung des Energiesektors eine zentrale Rolle. Länder wie Schweden möchten sogar schon bis zum Jahr 2040 ausschließlich auf Erneuerbare bei der Stromproduktion setzen. Vorreiterstaaten wie Costa Rica decken bereits heute 98 Prozent ihres Elektrizitätsbedarfs aus regenerativen Quellen und streben in nächster Zukunft eine Quote von 100 Prozent an.

Maßgeblich für den stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien war, dass der Bau von Windturbinen und Solaranlagen deutlich günstiger geworden ist. Seit 2010 sind die Kosten für Solarenergie um etwa 90 Prozent und die für Onshore-Windkraft um zirka 35 Prozent gesunken (siehe Grafik). Das animiert auch die Privatwirtschaft dazu, sich immer stärker zu engagieren.

Durch den Preisverfall ist sie in der Lage, Kraftwerke privat zu planen, zu finanzieren und zu betreiben.

## FLEXIBLE UND MODERNE NETZE

Allerdings, und bisher unterschätzt, verändert sich mit dem Umstieg von fossilen auf regenerative Energien auch der „Charakter“ der Stromversorgung. Wo früher große, zentrale Kraftwerke mit einer historisch gewachsenen Übertragungsinfrastruktur dominierten, gibt es nun verstärkt kleinere, dezentrale Strukturen, zum Teil auch in sehr abgelegenen Gebieten.

Früher waren die Kapazitäten planbar. Erneuerbare Energien hingegen sind sehr viel variabler, weil der Wind nicht immer gleich stark weht, die Sonne nicht immer gleich intensiv scheint. Die Anforderungen an die Netzsteuerung, inklusive deren Digitalisierung, nehmen zu. Die Stromnetze müssen also flexibler und an die neuen Umstände angepasst werden.

Damit dies gelingt, sind moderne Netze und Speicher nötig, weil sie sowohl größere Distanzen als auch Zeiten gerin-

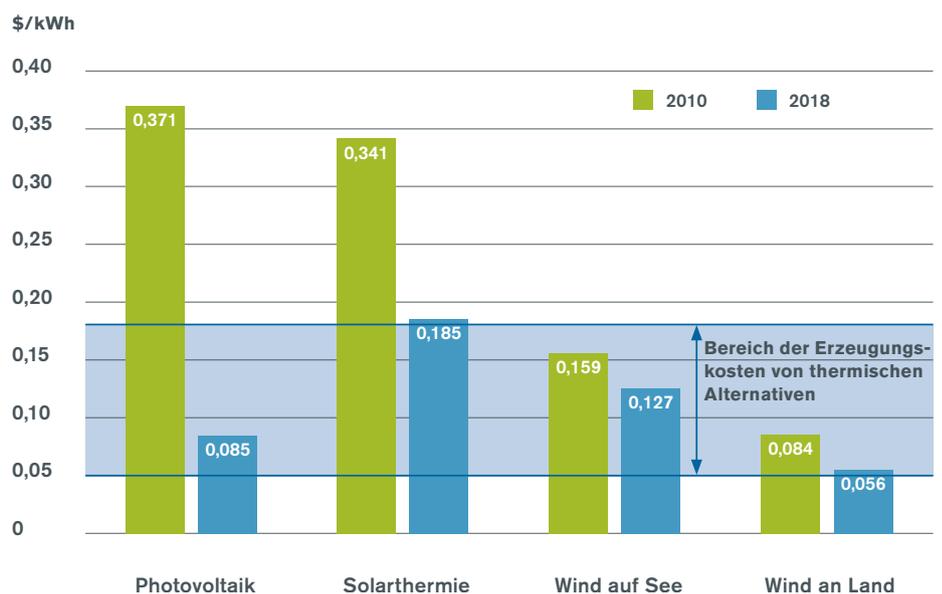
gerer Verfügbarkeit überbrücken können. Genau daran mangelt es derzeit noch vielerorts – besonders in Entwicklungsländern.

Welche Folgen sich ergeben können, wenn Netze nicht mit den Stromkapazitäten aus Erneuerbaren wachsen, zeigt der Fall China: Das Land gehört zu den Spitzenreitern bei erneuerbaren Energien, vor allem der Windenergie. Stündlich wird eine neue Windturbine installiert. Gleichzeitig müssen ganze Windparks vom Netz genommen werden, weil es an der entsprechenden Übertragungskapazität fehlt. Auch in China liegen die Windparks häufig in abgelegenen Gebieten, auf Bergrücken zum Beispiel, von denen der Strom zu den Verbrauchszentren gelangen muss. Dadurch entsteht die widersinnige Situation, dass Strom zwar massenhaft nachhaltig produziert wird, aber nicht zu den Abnehmern gelangt.

Ein weiterer wichtiger Baustein der nachhaltigen Energieversorgung sind Stromspeicher. Die klassische Lösung, Strom über Pumpspeicherwerke zu speichern, scheidet in vielen Entwicklungsländern wegen hoher Kosten, langer Planungszyklen sowie topografischer Bedingungen aus. Von daher gewinnen Batterien als – kurzfristige – Speicher an Bedeutung.

Mit Wasserstoff lässt sich Energie auch langfristig und umweltfreundlich speichern, vorausgesetzt, er entsteht auf Basis erneuerbarer Energien: Er könnte in wind-

## Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien



und sonnenarmen Perioden des Jahres zur Stromerzeugung oder für Brennstoffzellen (vor allem im Verkehr) genutzt werden. Und dann gibt es noch die Idee, dass die sonnenreichen Entwicklungsländer eines Tages große Mengen grünen Wasserstoffs in den Norden der Welt liefern. Noch ist das Zukunftsmusik, bietet aber beiden Seiten enorme Chancen.

## „STIEFKIND“ ENERGIEEFFIZIENZ

Im Moment schon möglich und noch längst nicht ausgeschöpft ist dagegen das Potenzial an Energieeffizienz. Sie gilt als das „Stiefkind der Energiewende“. Die Internationale Energieagentur (IEA) hält sie sogar für „die wichtigste Energiequelle überhaupt“, weil sie wirklich in jedem Land vorhanden ist. Energieeffizienz stellt demnach die kostengünstigste Möglichkeit dar, mehr Energiesicherheit zu schaffen und dabei gleichzeitig CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Besonders bedeutsam sind dabei nach IEA-Angaben Gebäude samt Heizungen und Kühlsystemen, der Verkehr sowie Elektromotoren in der gewerblichen Wirtschaft.

Die KfW ist zum Beispiel in Mexiko und Montenegro bei energieeffizienten Gebäuden engagiert. In dem Land auf dem Balkan sollen alle 2500 öffentlichen Gebäude moderne Systeme zum Energiemanagement erhalten. „Smart Meter“ werden den Verbrauch automatisch ablesen und in eine Datenbank einspeisen. Kombiniert mit verbesserter Wärmedämmung, aber auch Photovoltaik und Solarthermie zur Eigenstromnutzung und Wärmeerzeugung, lassen sich so zwischen 25 und 80 Prozent des Energieverbrauchs reduzieren. Die Zahl der KfW-Zusagen bei Energieeffizienz hat im vergangenen Jahr zugenommen, hier besteht aber durchaus noch weiter großer Förderbedarf.

Alles zusammengenommen, bedeutet das für die KfW Entwicklungsbank, dass sich ihre Fördertätigkeit ganz allmählich verschiebt: von Investitionen in Erzeugungsanlagen, die es trotzdem weiterhin geben muss und wird, hin zu Vorhaben, die auf die Energiesysteme ganzheitlich abzielen (siehe Kasten unten). Dabei geht es dann eher darum, Märkte zu erschließen und private Investitionen zu mobilisieren, um die

Energieeffizienz zu verbessern und auch die Stabilität und Sicherheit der Energieversorgung durch bessere Netze und neue Speichermöglichkeiten zu gewährleisten.

Erst am Anfang steht die nachhaltige Mobilität. Hier fehlen bisher entweder umfassende Konzepte, marktreife Techniken, die nötige Infrastruktur oder der Wille zur Umsetzung. Aber eines ist schon jetzt klar: Verkehrs- und Energiewende sind untrennbar verbunden. Erst wenn beide vollendet sind, ist dieser größte Transformationsprozess seit der Industrialisierung gemeistert.



**FRIEDERIKE BAUER**  
arbeitet als freie Journalistin zu Themen der Außen- und Entwicklungspolitik. An diesen Artikel hat sie im

Auftrag der KfW mitgearbeitet.  
[info@friederikebauer.de](mailto:info@friederikebauer.de)



**ACHIM NEUMANN**  
ist Senior Sektorökonom für Energie bei der KfW.

[achim.neumann@kfw.de](mailto:achim.neumann@kfw.de)

## Investitionen in bessere Netze

Der Ausbau der erneuerbaren Energien findet längst nicht nur in Industriestaaten, sondern zum größeren Teil in Entwicklungsländern statt – wenn auch noch nicht breit verteilt. Unter den Top-Ländern bei der Stromproduktion aus regenerativen Quellen finden sich Staaten wie Brasilien, Indien, die Türkei, Mexiko, die Philippinen und Costa Rica. Die meisten dieser Länder – und viele weitere – hat die KfW Entwicklungsbank im Auftrag der Bundesregierung bei der Umstellung unterstützt.

So hat sie zum Beispiel den größten Einzelbeitrag für die Finanzierung des leistungsstärksten Solarkomplexes

Afrikas übernommen. Dieser entsteht derzeit im marokkanischen Ouarzazate und wird bald umweltfreundlichen Strom für 1,3 Millionen Menschen produzieren. Die Entwicklungsbank finanziert außerdem Windenergieanlagen in Ägypten sowie Geothermiekraftwerke in Kenia und Indonesien.

Nun gewinnen für die KfW Investitionen in Netze und Speicher zunehmend an Bedeutung, wie zum Beispiel in Tunesien: Dort fördert sie, zusammen mit zwei Solarparks, den ersten netzgebundenen Batteriespeicher Nordafrikas nahe der Stadt Tozeur.

Oder in Indien, wo 2013 mit Sakri zunächst das damals

größte Solarkraftwerk des Landes in Betrieb ging. Mit Sakri gelang seinerzeit der Durchbruch für die Photovoltaik in Indien, deren Ausbau heute – wegen der gesunkenen Kosten – vom Privatsektor vorangetrieben wird.

Danach folgten die sogenannten „Green Energy Corridors“. Sie umfassen den Bau von mehr als 7500 Kilometern Stromleitungen, damit der Strom zu den verbrauchstarken Gegenden des Landes transportiert werden kann. Die KfW unterstützt das Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit insgesamt 1,4 Milliarden Euro.

Auch in Westafrika ist das Potenzial für kostengünstigen Strom aus Wind-, Solar- und Wasserkraft groß, allerdings

ungleich über die Region verteilt. Deshalb gründeten die Staaten der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECO-WAS) den Westafrikanischen Stromverbund WAPP (West African Power Pool), mit dem ein regionales Stromübertragungsnetz geschaffen werden soll. Die KfW fördert im Auftrag der Bundesregierung verschiedene länderübergreifende Leitungen davon, etwa Togo-Benin oder Senegal-Gambia sowie den Bau diverser Kraftwerke auf Basis von erneuerbaren Energien.

Ebenfalls mit deutscher Unterstützung entsteht auf dem Balkan zwischen Albanien und Montenegro sowie dem Kosovo und Nordmazedonien peu à peu ein Übertragungsnetzwerk zum Stromaustausch, das den Einsatz regenerativer Energien beflügeln soll. fb/an

# Covid-19-Tagebuch

Die Beiträge stammen von Autoren und Korrespondenten aus dem In- und Ausland. Nicht alle geben den aktuellen Stand wieder. Maßgeblich ist das Datum der Veröffentlichung auf unserer Webseite, das hier im e-Paper jeweils über der Überschrift steht.

**GLORIA LAKER ACIRO ADIIKI**

Zweimal täglich Getreidebrei

29. APRIL

SEITE 24

**HANS DEMBOWSKI**

Blick von der Weltbank

15. APRIL

SEITE 30

**RAPHAEL MWENINGUWE**

Richter stoppt Malawis Lockdown

23. APRIL

SEITE 25

**BENJAMIN M. KAGINA**

Verständlich vermitteln

7. APRIL

SEITE 31

**CHRISTOPH HOFFMANN**

Sinnvolle Schuldenumwandlungen

23. APRIL

SEITE 26

**FRANK MASANTA JR.**

Angst, Besorgnis und Panik

7. APRIL

SEITE 32

**AXEL AND KATHARINA MICHAELOWA**

Potenziell tödlich

19. APRIL

SEITE 27

**ANNE JUNG**

Globale Verantwortung

3. APRIL

SEITE 32

**BRUNO WENN**

Dringend nötige Unterstützung für Afrikas Privatwirtschaft

17. APRIL

SEITE 28

**HANS-JOACHIM PREUSS**

Afrikanische Reaktionen

31. MÄRZ

SEITE 34

**ARFA KHANUM SHERWANI**

Pandemie-Apartheid

16. APRIL

SEITE 29

**ADITI ROY GHATAK**

Wissenschaft versus Covidiotie

30. MÄRZ

SEITE 36

29. APRIL 2020

# Zweimal täglich Getreidebrei

**Den Armen in Uganda macht die Ausgangssperre wegen Covid-19 schwer zu schaffen. Die Regierung hat unterdessen begonnen, Lebensmittel an Bedürftige zu verteilen.**

Von Gloria Laker Aciro Adiiiki

Rachel Namaganda ist eine arbeitslose Mutter mit fünf Kindern im Alter von vier bis 13 Jahren. Die Familie lebt im Wakiso District, der die Hauptstadt Kampala umgibt. Rachel sagt, sie tue sich mit der Ernährung ihrer Kinder schwer: „Wenn morgens die Sonne aufgeht, weiß ich nicht, was ich ihnen zu Essen geben kann.“ Derzeit gibt es täglich zwei Mahlzeiten – und beide bestehen aus Getreidebrei. So ergeht es zurzeit vielen Menschen.

Hillary Onek, Ugandas Minister für Nothilfe und Flüchtlinge, schätzt, dass 30 Prozent der städtischen Bevölkerung aktuell humanitäre Unterstützung brauchen. Präsident Yoweri Museveni ließ zuerst Schulen und Gotteshäuser schließen. Versammlungen wurden auch verboten. Später wurden der öffentliche Nahverkehr sowie jegliche nichtessenzielle Arbeit eingestellt. Nachts herrscht Ausgangssperre. Diese Re-

geln gelten bis zum 5. Mai. Das Land wirkt wie gelähmt, und viele Ugander konnten sich keine Lebensmittelvorräte anlegen.

Die Preise steigen schnell. Mancherorts kostet ein Kilo Bohnen jetzt 6 000 Uganda Schilling – doppelt so viel wie im Februar. Die Regierung hat vor Preistreiberei gewarnt und einige Händler deshalb sogar festgenehmen lassen. Not und Verzweiflung treiben die Preise dennoch in die Höhe. Zu wenig Nahrung zu bekommen, ist für kranke Menschen besonders schlimm, denn es reduziert ihre Genesungschancen.

Positiv ist, dass die Regierung begonnen hat, Lebensmittel wie Maismehl, Bohnen und Salz an bedürftige Bevölkerungsgruppen in Kampala und den Vororten zu verteilen. Kranke bekommen zusätzliche Lebensmittel wie Zucker und Milchpulver. Das ist ein guter Anfang, aber viele Notleidende werden gar nicht erreicht.

Nahrungsknappheit ist nicht das einzige Problem. Eine Frau, die aus dem Kongo geflohen ist und sich im Wakisa District ein Zimmer gemietet hat, klagt darüber, dass sie sich mit zwölf Nachbarn ein Badezimmer teilt. Sie spricht von einem „Albtraum“ und

fürchtet, sie können sich durch Berühren einer kontaminierten Türklinke mit Covid-19 infizieren. Sie sagt: „Ich habe mehr Angst vor dem Coronavirus als vor Hunger.“

Die Nerven sind angespannt, und häusliche Gewalt nimmt zu. Der Verband der Anwältinnen (Federation of Women Lawyers) berichtet, es würden mehr Fälle gemeldet als sonst. Die Vorsitzende, Lillian Adriko, sagt, innerhalb von einer Woche hätten 29 Anrufer von häuslicher Gewalt berichtet. Das habe mit der angespannten Wirtschaftslage zu tun. Die Zahl ist hoch angesichts der Tatsache, dass häusliche Gewalt tabu ist und die meisten Fälle nicht gemeldet werden. Oft sind die Männer betrunken. Derzeit scheint es aber auch oft Streit darüber zu geben, wer wie viel zu essen bekommt. Die Anwältinnen appellieren an traditionelle und örtliche Führungspersonlichkeiten, nach Möglichkeit schlichtend einzugreifen.

Medienberichten zufolge waren bis Montag, den 27. April, 79 Covid-19-Infektionen in Uganda gemeldet worden. Tote waren nicht zu beklagen.



**GLORIA LAKER ACIRO ADIIKI**

ist Journalistin in Uganda. Als Aktivistin engagiert sie sich zudem in der Unterstützung

von Flüchtlingen.  
Twitter: @GloriaLaker



**Soldaten liefern Maismehl an Bedürftige in einem Vorort Kampalas aus.**



Malawis Märkte werden nun doch nicht geschlossen.

23. APRIL 2020

# Richter stoppt Malawis Lockdown

Vom 18. April an wollte Malawis Regierung eine strikte Ausgangssperre in Kraft setzen, um die Ausbreitung des neuen Coronavirus zu bekämpfen. Am 17. April stoppte jedoch ein High-Court-Richter diese Politik. Am 23. April teilte die Regierung dann mit, sie erhebe keinen Einspruch gegen diese Entscheidung. Die Bürger sind nun aufgerufen – aber nicht angewiesen –, sich verantwortungsvoll so zu verhalten, dass die Krankheit eingedämmt wird.

Von Raphael Mweninguwe

Malawis Regierung wollte alle Märkte schließen, wo die Menschen normalerweise ihre Lebensmittel kaufen. Schnellimbisse und Restaurants sollten auch dichtmachen. Ohne Erlaubnis des jeweiligen Kreisrates hätte niemand mehr sein Heim verlassen dürfen. Die Ausgangssperre sollte 21 Tage lang anhalten, und Polizei und Armee hätten sie durchsetzen sollen.

Die meisten Menschen in Malawi fanden diese Perspektive furchterregender als die Krankheit selbst, obwohl sie wissen, dass Covid-19 ernst genommen werden muss. Die 32-jährige Gemüsehändlerin Mary Nabanda aus Lilongwe formulierte es so: „Die Mehrheit der Malawier lebt von der Hand in den Mund, und die Ausgangssperre

wird unser Leben stärker belasten, als das Virus das tut.“

In verschiedenen Orten demonstrieren Händler gegen die geplanten Maßnahmen. Sie verdienen ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf einfacher Waren auf den Straßen und Märkten. Arbeiter von Busunternehmen, die ebenfalls fürchteten, ihre Jobs zu verlieren, unterstützen sie. Laut amtlicher Statistik leben geschätzt 53 Prozent der 17,6 Millionen Menschen in Malawi in bitterer Armut. Millionen leiden bereits Hunger, weil eine Dürre die Ernte weitgehend verdorren lies.

Vor diesem Hintergrund erhob die Human Rights Defenders Coalition, eine zivilgesellschaftliche Organisation, vor dem High Court Einspruch gegen die Ausgangssperre. Sie forderte Maßnahmen, um

die Ernährungssicherheit aller Betroffenen sicherzustellen, teilt aber auch mit, sie opponiere nicht gegen die Eindämmung der Pandemie.

Der High Court setzte daraufhin die Ausgangssperre für sieben Tage aus und forderte die beteiligten Parteien auf, Stellung zu beziehen. Am 23. April teilte das Justizministerium mit, es verzichte auf einen Einspruch gegen die Richtersentscheidung. Für Mittwoch 30. April stellte das Gericht ein abschließendes Urteil in Aussicht.

Als der High Court am 17. April die Regierungspolitik stoppte, waren in Malawi 17 Covid-19-Infektionen und zwei Todesfälle gemeldet worden. Mittlerweile ist ein weiterer Patient gestorben.

Vizepräsident Saulos Chilima wirft der Regierung von Präsident Peter Mutharika vor, sie habe den Lockdown ohne Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Armen geplant. Der Vizepräsident gehört einer Oppositionspartei an und wurde vor einigen Monaten vom Supreme Court wieder in sein Amt eingesetzt. Zugleich entschieden die Richter in einem spektakulären Urteil, die Wahlen vom vergangenen Mai seien ungültig gewesen und müssten wiederholt werden (siehe meinen Kommentar in der Rubrik Meinung von E+Z/D+C e-Paper 2020/03). Seither ist in Malawi allen klar, dass die Justiz im Land eine wichtige Rolle spielt.



**RAPHAEL MWENINGUWE** ist Journalist und lebt in Malawi.  
[raphael.mweninguwe@hotmail.com](mailto:raphael.mweninguwe@hotmail.com)

23. APRIL

# Sinnvolle Schuldenumwandlung

**Geberregierungen dürfen nicht zulassen, dass Covid-19 Entwicklungserfolge der vergangenen Jahrzehnte zunichtemacht. Es gilt zum Beispiel, Rückschläge bei der gestiegenen Lebenserwartung zu verhindern.**

Von Christoph Hoffmann

Die Globalisierung hat der Weltbevölkerung steigenden Wohlstand und damit eine höhere Lebenserwartung beschert. Dies lässt sich den Berichten der UN entnehmen, laut denen sich die Lebenserwartung weltweit seit Anfang des 19. Jahrhunderts verdoppelt hat. Selbst in den ärmsten Staaten der Welt näherte sich die Lebenserwartung bis 2019 stetig an den globalen Durchschnitt von 73 Jahren an.

Global betrachtet, hat sich die Schere zwischen den armen und reichen Ländern in Bezug auf die Lebenserwartung weiter geschlossen – ein Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Politik der UN sowie der Gebernationen wie etwa Deutschland und Frankreich haben dazu beigetragen.

In Entwicklungsländern ist das Wachstum der Volkswirtschaft aber nicht die einzige Determinante, um die gestiegene Lebenserwartung zu erklären. Den mit Abstand größten Beitrag zu weltweit längeren Lebensdauern leisten der Ausbau und die Sicherung der Gesundheitsversorgung. Die Statistiken zeigen für die betreffenden Länder eine besonders enge Korrelation zwischen der Entwicklung der Gesundheitsausgaben und der Lebenserwartung.

Der pandemiebedingte Shutdown der globalen Lieferketten gefährdet diese Erfolge; wenn er sie nicht gar ganz vernichtet. Daraus folgt die zugegebenermaßen provokante These: die derzeitige Weltwirtschaftskrise ist eine noch viel größere Katastrophe, als die unmittelbare Covid-19-Pandemie – mit Millionen Tote am anderen Ende der Kette!

Denn in Ländern wie Indien und Brasilien wird das Prinzip des Social Distancing nur dort möglich sein, wo arbeitsteilig produziert und individualisiert gelebt wird. Unter den Millionen Tagelöhnern im informellen Sektor, in den Slums von Mumbai, den

Favelas von Rio de Janeiro oder den Hütten-siedlungen in Afrika ist Abstandhalten nicht möglich. Das Virus wird sich ungebremst exponentiell ausbreiten, Schwache und Kranke tödlich treffen, gleichzeitig fällt Einkommen für den Erwerb von Nahrung weg.

Ohne zeitnahe Liquidität werden die Wirtschafts- und Gesundheitssysteme der Entwicklungs- und Schwellenländer sehr bald zusammenbrechen – mit der Folge von Abertausenden Toten. Diese Länder brauchen umgehend Finanzmittel, um die Ausbreitung des Coronavirus zu bekämpfen. Alle Mittel, die jetzt als internationale Unterstützung fließen, sollten verlorene Zuschüsse sein, um den Schuldenstand der schwächsten Länder nicht zusätzlich in die Höhe zu treiben. Ergänzend sollte die Bundesregierung schnell die von den G20 versprochene Aussetzung des Schuldendienstes von Entwicklungsländern umsetzen. So werden in Partnerländern Finanzmittel für die Pandemiebekämpfung und eine nachhaltige Stärkung der Gesundheitssysteme frei.

Die Bundesregierung muss auch künftig verstärkt auf Schuldenumwandlungen

zurückgreifen und die dafür vorhandenen Haushaltsmittel vollständig ausnutzen. Bundesminister Gerd Müller hat gesagt: „Jetzt hat die Stunde der Vereinten Nationen geschlagen.“ Diesem Versprechen müssen nun Taten folgen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kann entsprechende Haushaltsposten nutzen und den UN mindestens weitere 500 Millionen Euro zur Stabilisierung der Gesundheitssysteme zur Verfügung zu stellen.

Deutsche Politik kann nicht nur auf Infektions- und Sterbefälle im Heimatland schauen, sondern muss die Auswirkungen eines Shutdowns langfristig und weltweit bedenken. Je länger er anhält und je mehr die Wirtschaftskraft nachlässt, desto stärker wird die Lebenserwartung weltweit, auch bei uns, sinken. Wir müssen alle Möglichkeiten verantwortungsvoll nutzen, um den Wirtschaftsmotor wieder anzuwerfen – und zwar weltweit.



**CHRISTOPH HOFFMANN**  
ist Mitglied des Deutschen Bundestages und  
entwicklungspolitischer  
Sprecher der FDP-

Bundestagsfraktion. Die im Text gemachten Aussagen spiegeln allein seine persönliche Meinung wider.

[christoph.hoffmann@bundestag.de](mailto:christoph.hoffmann@bundestag.de)



**Abstandhalten ist kaum möglich: Soldat bei der Durchsetzung der südafrikanischen Ausgangssperre in einem Township.**

19. APRIL 2020

# Potenziell tödlich

**In Ländern mit niedrigen mittleren Einkommen braucht ein großer Teil der Armen ihr tägliches Einkommen zum Überleben. Ausgangssperren nehme darauf keine Rücksicht.**

Von Axel und Katharina Michaelowa

Um die Ausbreitung des neuen Coronavirus einzudämmen, folgen viele Entwicklungsländer dem Vorbild der Industrienationen und verhängen Ausgangssperren. Menschen müssen zu Hause bleiben und dürfen nicht arbeiten. Leider unterschätzen viele Regierungen, was das bedeutet.

Am 2. April stellte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, fest: „In Ländern, in denen ein großer Anteil der Bevölkerung arm ist, sind Restriktionen wie die Anweisung, zu Hause zu bleiben, möglicherweise nicht praktikabel. Viele arme Menschen, Migranten und Geflohene leben dicht gedrängt, ohne Mittel und ohne Zugang zum Gesundheitswesen. Wie überleben Menschen einen Lockdown, wenn sie täglich Geld verdienen müssen, um zu essen?“

Zwar behaupten die Regierungen, sie könnten die Massen der Armen ernähren, aber die Informationen, die wir aus Ländern wie Indien bekommen, legt nahe, dass die Hilfe große Lücken aufweist und keinen Ersatz für den täglichen Verdienst bietet. Zudem ist Distanzhalten in dicht bevölkerten Elendsvierteln gar nicht möglich.

Tödlich wirkt Covid-19 vor allem in Altersgruppen über 60. Folglich sind die Auswirkungen bei einer vergleichsweise jungen Bevölkerung, wie sie für Entwicklungsländer typisch ist, vermutlich eher begrenzt. Gleichzeitig kostet die Durchsetzung von Ausgangssperren in armen Gesellschaften selbst Menschenleben. Das liegt nicht nur an der Brutalität von Polizisten – in Nigeria haben sie Medienberichten zufolge bislang mehr Menschen getötet als das Virus.

Indirekte Folgen reichen viel weiter, denn arme Menschen bekommen nichts zu essen, wenn sie kein Geld verdienen. Wir müssen also nicht einmal eine ethisch problematische Abwägung zwischen ökonomischem Schaden und Menschenleben vornehmen, um zu dem Schluss zu kommen, dass strenge Ausgangssperren in armen Ländern vermutlich falsch sind. In ih-

rer Folge sterben voraussichtlich mehr und nicht weniger Menschen.

Es gibt bei dieser Rechnung aber eine große Unbekannte: Wir haben bislang keine belastbaren Daten darüber, wie sich Covid-19 auf mangelernährte Menschen auswirkt, zumal wenn sie darüber hinaus auch unter massiver Luftverschmutzung leiden. Erste Forschungsergebnisse aus den USA legen nahe, dass Luftverschmutzung die Covid-19-Sterblichkeit erhöht. Diese Nachricht alarmiert, denn sie betrifft viele Menschen in armen Ländern sowohl draußen als auch innerhalb der Wohnstätte. Da es an solidem Wissen mangelt, muss dringend erforscht werden, welche Wechselwirkungen zwischen Corona-Infektionen und Mangelernährung, Luftverschmutzung und anderen für arme Menschen typischen Gesundheitsproblemen existieren. Nur wenn wir das Zusammenspiel der verschiedenen Mortalitätsrisiken besser verstehen, können wir eine wirkungsvolle Politik gestalten!

Bei der Lockerung von Ausgangssperren sollte dann so gut wie möglich für systematischen Schutz und Isolation der verwundbaren Bevölkerungsgruppen gesorgt werden. Alte Menschen und diejenigen, die sie pflegen, sollten beispielsweise so lange unter Quarantäne gestellt werden, bis ein Impfstoff oder eine gute Therapie verfügbar wird.

Das ist eine gewaltige Aufgabe. Bisher hat noch kein Land erfolgreich ein Isolationskonzept dieser Art umgesetzt. Die Geschichte der Grippepandemie von 1918 zeigt aber, dass es möglich ist, solche „Fluchtgemeinschaften“ einzurichten. Regierungen im globalen Süden müssen Fragen dieser Art gründlich prüfen, und sie verdienen dabei massive Unterstützung sowohl von bilateralen als auch multilateralen Institutionen.



**AXEL MICHAELOWA**  
ist Senior Researcher an der Universität Zürich und Gründer der Beratungsfirma Perspectives.

[axel.michaelowa@pw.uzh.ch](mailto:axel.michaelowa@pw.uzh.ch)



**KATHARINA MICHAELOWA**  
ist Professorin für politische Ökonomie und Entwicklung an der Universität Zürich.

[katja.michaelowa@pw.uzh.ch](mailto:katja.michaelowa@pw.uzh.ch)



Festnahme wegen einer Verletzung der Ausgangssperre in Lagos-State, Nigeria.

17. APRIL 2020

# Dringend nötige Unterstützung für Afrikas Privatwirtschaft

**Covid-19 wird in Afrika heftige Auswirkungen haben. Einer aktuellen Studie zufolge werden bis zu 20 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Wegen Handelsbeschränkungen mangelt es zudem an Schutzmaterial. Vielfach ist die Ernährungssicherheit bedroht. Tourismus, produzierendes Gewerbe und andere Branchen schrumpfen dramatisch. Die Studie zeigt, dass Hilfe dringend gebraucht wird.**

Von Bruno Wenn

Die Studie stammt von Autoren führender Forschungsinstitute sowie der UN Wirtschaftskommission für Afrika. Sie entstand im Auftrag von EDFI, dem Verband der europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitute (European Development Finance Institutions). Unter anderem wollte der Verband wissen, wie seine Mitglieder Hilfestellung leisten können und sollen. Es handelt sich – etwas vereinfacht formuliert – um staatliche Investmentfonds, die den Privatsektor in Entwicklungsländern fördern.

Die Studie hält fest, dass es bereits gravierende Auswirkungen gibt und dass die Lage noch schlimmer wird. Ein Kernproblem ist, dass afrikanischen Regierungen die Finanzmittel fehlen, die sie wirkungsvoll gegensteuern ließen. Internationale Geber konzentrieren sich bislang auf die Unterstützung des öffentlichen Sektors in Entwicklungsländern, aber die Wissenschaftler betonen, dass die Privatwirtschaft ebenfalls Hilfe braucht. Jobverluste müssen minimiert werden. Menschen dürfen ihre Erwerbsgrundlage nicht verlieren. Die Studie merkt an, dass die EDFI-Mitglieder in der Lage sind, krisengebeutelte Firmen zu unterstützen, sofern sie denn selbst von ihren Regierungen und Förderern ausreichend finanziert werden.

Bekanntlich haben europäische Regierungen riesige Finanzpakete geschnürt, um ihre eigenen Märkte zu stabilisieren. Afrikanische Regierungen sind zu vergleich-

barer Wirtschaftspolitik nicht in der Lage. Die internationale Gemeinschaft reagiert darauf bereits, vernachlässigt dabei aber die Privatwirtschaft.

Am 15. April haben beispielsweise die G20 beschlossen, von Anfang Mai bis zum Jahresende die Bedienung bilateraler Kredite durch Länder mit niedrigen Einkommen auszusetzen. Das ist ein guter erster Schritt, aber mehr wird nötig sein. Leider wird auch kaum etwas getan, um den Stress zu lindern, unter dem Privatunternehmen in Niedrigeinkommen-Ländern derzeit stehen.

Die Entwicklungsfinanzierungsinstitute haben sich in der Vergangenheit mit Erste-Hilfe-Leistungen durchaus bewährt. Sie sind in Afrika präsent und können schnell handeln. Die Studie schätzt, dass die EDFI-Mitglieder direkt und indirekt rund 4,5 Millionen Menschen beschäftigen. Sie können sofort afrikanischen Firmen Liquidität bereitstellen.

Angesichts des gewaltigen Ausmaßes der aktuellen Krise brauchen die Entwick-

lungsfinanzierer aber selbst erhebliche zusätzliche Finanzmittel, um wirkungsvoll handeln zu können. Die Wissenschaftler schlagen vor, dass Entwicklungsgelder entsprechend umgeleitet und zugleich Kreditbedingungen gelockert werden sollten. Dann könnten die EDFI-Mitglieder größere Risiken eingehen und mehr Geld bereitstellen. Die Studie äußert die Hoffnung, wenn das schnell geschehe, sei noch zu verhindern, dass die heftige Konjunkturkrise zu umfassenden Entwicklungsfehlschlägen führt.

Die ökonomischen Folgen von Covid-19 werden die aktuellen Ausgangssperren lang überdauern. Es reicht nicht, die Epidemie zu bekämpfen. Wir müssen auch die Volkswirtschaften retten – und dafür gilt es, sofort zu handeln.

**LINK**

**Bilal, S., Griffith-Jones, S., Kapoor, S., Karingi, S., Songwe, V., und te Velde, D. W., 2020:**

**Saving Africa's private sector jobs during the coronavirus pandemic. EDFI.**

[https://www.edfi.eu/wp/wp-content/uploads/2020/04/Saving-Jobs-During-Pandemic\\_te-Velde-et-al\\_15-April-2020.pdf](https://www.edfi.eu/wp/wp-content/uploads/2020/04/Saving-Jobs-During-Pandemic_te-Velde-et-al_15-April-2020.pdf)



**BRUNO WENN**

ist Vorsitzender von EDFI, dem Verband der Europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitute.

<https://www.edfi.eu/>



Weiter arbeiten – Schreiner in Benin in besseren Zeiten.

16. APRIL 2020

# Pandemie-Apartheid

**Indiens Hindu-Chauvinisten machen Moslems zu Coronavirus-Sündenböcken.**

**Von Arfa Khanum Sherwani**

„Covid-Dschihad“ ist als Schlagwort unter indischen Rechtspopulisten beliebt geworden. Sie machen die muslimische Minderheit für die Epidemie verantwortlich – sowohl im Privatfernsehen als auch auf Social-Media-Plattformen.

Im heutigen Indien müssen Moslems ständig als Sündenböcke herhalten (siehe meinen Beitrag in der Tribüne von E+Z/ D+C e-Paper 2020/03). Der neuesten Hassrhetorik zufolge, verbreiten die Anhänger

kerungsschichten gehören, fühlen sich wehrlos.

Das grausame Narrativ entstand im März, weil die sunnitische Missionsorganisation Tablighi Jamat an ihrem Hauptsitz in Delhi ein Treffen mit mehreren 1000 Teilnehmern veranstaltete. Die Organisation ist orthodox, aber nicht extremistisch. Sie ist in über 100 Ländern weltweit präsent. Tatsächlich lassen sich viele Coronavirus-Infektionen in Indien auf dieses Treffen zurückführen, das vor der Ausgangssperre, die Premierminister am 25. März in Kraft setzte, stattfand. Die Tablighi Jamat argumentiert, sie habe keine religiösen Zeremonien veranstaltet, aber in ihrer Zentrale seien ständig

Pikant ist, dass diverse Feierlichkeiten von Hindus weitergingen und in vielen Fällen sogar Politiker der Regierungspartei BJP dabei waren. Die Partei schaut weg, wenn ihre Mitglieder Regeln verletzen, aber ihre Fürsprecher im Fernsehen und ihre Social-Media-Trolls halten jeden Moslem für jedwedes Fehlverhalten von jedweden Mitglied unserer Glaubensgemeinschaft für persönlich verantwortlich. Das muss schnell aufhören, sonst erleben wir nichts weniger als Pandemie-Apartheid, zumindest in einigen Teilen der indischen Gesellschaft.

Seit Modi im vergangenen Mai wiedergewählt wurde, hat sich der Trend verstärkt, dass alle angegriffen werden, die sich dem Hindu-Chauvinismus entgegenstellen. Ein Beispiel ist Siddharth Varadarajan, der Mitgründer und Chefredakteur von The Wire, der Website, für die ich arbeite. Er veröffentlichte einen auf Fakten beruhenden Bericht über eine Hindufeierlichkeit, an der der BJP-Spitzenpolitiker Yogi Adityanath unter Missachtung der Ausgangssperre teilnahm. Varadarajan korrigierte öffentlich einen vergleichsweise unwichtigen Faktenfehler im Manuskript, steht nun dennoch wegen diesem Fehler unter juristischem Druck.

Adityanath ist der Ministerpräsident von Uttar Pradesh, dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat Indiens. Die Polizei dieses Bundesstaates hat wegen des Artikels zwei Anzeigen gegen Varadarajan erstattet. Außerdem forderte sie ihn auf, trotz Ausgangssperre 690 km zu einem Verhör zu reisen. Das löste öffentliche Empörung aus, und daraufhin wurde dem Journalisten erlaubt, per E-Mail Auskunft zu erteilen. Dennoch bleibt das Vorgehen gegen ihn ein Angriff auf die Pressefreiheit. Nicht nur alle Medienschaffende sollen so eingeschüchtert werden, sondern alle, die es wagen könnten, Hindu-Chauvinisten zu widersprechen.

**LINK**

“Editors Guild criticises U.P. govt.,” Bericht aus der Qualitätszeitung The Hindu:  
<https://www.thehindu.com/news/national/editors-guild-criticises-up-govt/article31322888.ece>



**ARFA KHANUM SHERWANI** ist leitende Redakteurin der unabhängigen indischen Website TheWire.  
 Twitter: @khanumarfa

TheWire: <https://thewire.in/>



Yogi Adityanath trotz Lockdown bei einem hinduistischen Ritual am 25. März.

des Islam absichtlich die Krankheit. Deshalb wurden bereits muslimische Gemüsehändler und Taxifahrer angegriffen. Nach dem blutigen Pogrom in Delhi von Ende Februar (siehe hierzu Blogbeitrag von Hans Dembowski auf unserer E+Z/ D+C-Website) fürchten viele Moslems Gewalt. Da sie meist zu den ärmsten Bevöl-

viele Mitglieder aus dem In- und Ausland. Die Organisation hätte sicherlich mehr Verantwortung zeigen müssen. Der Vorwurf, sie habe Anwesende gezielt infiziert, um die Krankheit zu verbreiten, ist allerdings offensichtlich absurd. Was in Wirklichkeit eine Tragödie war, stellen die Hindu-Chauvinisten als bössartige Verschwörung dar.

15. APRIL 2020

# Blick von der Weltbank

Die Menschheit muss gemeinsam auf das neuartige Coronavirus reagieren. Jürgen Zattler hat seine Sicht dazu in einem kurzen Essay zusammengefasst. Er vertritt Deutschland im Exekutivdirektorium der Weltbank. Der vollständige Essay erschien zur – erstmals digital durchgeführten – Frühjahrstagung von Weltbank und IWF (14. bis 17. April) auf der Website des Center for Global Development, einem Think Tank in Washington. Hier sind kurz einige der wichtigsten Erkenntnisse Zattlers skizziert.

Von Hans Dembowski

Zu den Lehren der weltweiten Coronakrise gehören laut Zattler, dass:

- „Mensch- und Tiergesundheit zusammenhängen und von der Gesundheit des Ökosystems abhängen“ und
- „ein schwaches Gesundheitswesen in einem Land die ganze Welt bedrohen kann, denn Armutinseln können zu unkontrollierter Ausbreitung führen – und zwar auch in reichen Ländern“.

Folglich sitzen „wir alle in einem Boot“ und brauchen auf nationaler wie internationaler Ebene „starke öffentliche Institutionen“.

Die meisten Ökonomen erwarten, dass die Weltwirtschaft stärker einbricht als nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers 2008. Entwicklungsländer werden die Folgen voraussichtlich besonders stark spüren, wenn Rücküberweisungen

von Migranten ausbleiben, Rohstoffpreise sinken und die Kapitalflucht Rekordhöhen erreicht. Zattler sieht auch die Ernährungsicherheit bedroht. Staatliche Konjunkturpolitik sei nun wichtig, müsse aber auch langfristigen Zielen dienen, fordert Zattler:

„Wenn Unternehmen nicht Pleite gehen, Arbeitskräfte nicht entlassen und Geschäftsbeziehungen nicht gekappt werden, wird die Erholung nach einem erzwungenen ‘Winterschlaf’ leichter fallen. Rettungsschirme dürfen aber nicht bedingungslos sein. Die Konjunkturprogramme müssen zukunftstauglich sein und den langfristigen Strukturwandel zur Nachhaltigkeit unterstützen. Der UN-Generalsekretär hat von ‚Erholung zum Besseren‘ gesprochen, mit mehr Inklusion und mehr Nachhaltigkeit – zum Beispiel durch Steueranreize für grüne Investitionen (etwa in die Energieeffizienz), den Ausbau grüner Investitionen oder die Förderung von Prototypen innovativer Geschäftsideen.“

Die Weltbank zieht laut Zattler aktuell drei Verteidigungslinien. Es gehe darum:

- die Gesundheitsversorgung in Partnerländern zu verbessern,
- die Wirtschaft zu stabilisieren und den finanzpolitischen Spielraum der Partnerländer zu erweitern, und zwar auch für mehr Sozialleistungen, weil sonst Entwicklungserfolge der vergangenen Jahrzehnte gefährdet seien, und
- die Privatunternehmen am Leben zu halten.

Zattler erwähnt beiläufig, dass viele Länder wegen Schuldenproblemen kaum auf die Krise reagieren können. Wegen Schwächen des multilateralen Systems falle die internationale Abstimmung angesichts der weltweiten Covid-19-Krise aber schwer. „Im Gegensatz zur Sicherheitspolitik mit dem UN-Sicherheitsrat an der Spitze gibt es für wirtschaftliche Risiken keine übergeordnete internationale Instanz.“

Sinnvoll wäre deshalb ein globaler Rat ähnlich dem Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC), schreibt Zattler. Alternativ spricht er sich für die Schaffung einer Art Welt-Krisen-Komitees unter der Leitung des UN-Generalsekretärs aus. Einen entsprechenden Vorschlag gibt es von Gerd Müller, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Zattler rechenschaftspflichtig ist.

Ein großes Problem ist, dass nationale Regierungen sind nicht ausreichend für globale öffentliche Güter (Global Public Goods – GPGs) engagieren, wie Zattler schreibt. Auch das multilaterale System biete ihnen derzeit nur wenige Anreize für Investitionen in GPGs und Krisenprävention. Das gelte selbst für die Weltbank: „Das Geschäftsmodell der Weltbank basiert auf Länderprogrammen und der Nachfrage der Mitgliedsregierungen. Das ist eine große Stärke und sollte nicht grundsätzlich geändert werden. Wenn allerdings Krisen wie jetzt über nationale Grenzen schwappen, erreicht das GPG-Modell seine Grenzen und muss ergänzt werden.“

Zattler zufolge ist eine stärkere multilaterale Architektur nötig: „Dies ist sicher nicht die letzte globale Krise. Andere Pandemien drohen, der Klimawandel schreitet immer schneller voran, und die Biodiversität schwindet – ganz zu schweigen von lokalen und regionalen Krisen wie zunehmende Buschbrände oder die aktuellen Heuschreckenplage in Ostafrika. Wie beim Coronavirus gibt es noch weitere, möglicherweise katastrophalere ‚Kurven‘, die wir abflachen müssen.“

Die Originalzitate wurden von der E+Z/D+C-Redaktion übersetzt und an deutsche Rhetorik angepasst.

**LINK**

Zattler, J., 2020: Never let a crisis go to waste. <https://www.cgdev.org/blog/never-let-crisis-go-waste>



**Kupferschmelze in Sambia: Rohstoffpreise sind wegen Covid-19 in den Keller gerutscht.**

7. APRIL 2020

# Verständlich vermitteln

**Anfang April waren in Afrika noch vergleichsweise wenig Covid-19-Fälle bekannt. Es gibt jedoch Grund zur Annahme, dass sich die Situation bald verschlechtern wird. Behörden müssen nun sinnvolle Maßnahmen ergreifen, um die Krankheit einzudämmen.**

Von Benjamin M. Kagina

Die Erfahrungen anderer Kontinente zeigen, dass die Strategien zur Eindämmung des neuartigen Corona-Virus darin bestehen

- infizierte Menschen durch Tests so früh wie möglich zu identifizieren,
- positiv getestete Menschen unter Quarantäne zu stellen und schwerwiegende Fälle zu behandeln,
- Menschen, die Kontakt zu Erkrankten hatten, nachzuverfolgen und zu testen,
- Kontaktsperren zu verhängen, egal ob Menschen positiv getestet wurden oder nicht,
- Hygienepraktiken wie richtiges Händewaschen mit Seife oder Desinfektionsmitteln durchzuführen und
- Schutzkleidung, inklusive Masken und Handschuhe, zu tragen, wenn man infiziert ist oder sich um infizierte Patienten kümmert.

Es ist offensichtlich, dass eine erfolgreiche Umsetzung darüber hinaus abhängt von

- der Beteiligung der Bevölkerung,
- starken Gesundheitssystemen,
- politischem Engagement und der Leistungsfähigkeit der nationalen Regierungen sowie
- wirkungsvoller Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und globaler Ebene.

Besonders wichtig ist es aber, Informationen verständlich und überzeugend zu vermitteln. Die Bevölkerung muss verstehen, dass die ergriffenen Maßnahmen ihrem Schutz dienen.

Die afrikanischen Gesundheitssysteme sind schwach, es mangelt an Finanzierung und Personal. Darüber hinaus sind auch die Institutionen meist schwach. Vor diesem Hintergrund wird sich Covid-19 in afrikanischen Ländern vermutlich als ver-

heerender erweisen als in wohlhabenden Staaten. Positiv ist, dass die globale, regionale und nationale Zusammenarbeit bereits beträchtliche Fortschritte erzielt hat: Zu Be-



**Testkapazitäten verbessern sich schnell: Laborantin aus Kenia mit einem Patienten, der auf Covid-19 getestet wird.**

ginn der Pandemie gab es auf dem gesamten afrikanischen Kontinent gerade einmal zwei SARS-CoV-2-Testlabore, am 7. April waren es bereits 47. Die Testkapazitäten haben sich fortlaufend verbessert.

Informelle städtische Siedlungen bieten dennoch Grund zur Sorge. Etwa 200 bis 300 Millionen Menschen leben in solchen Gegenden. Diese sind zu dicht besiedelt, um physische Kontakte gänzlich vermeiden zu können. Gleichzeitig können Behörden dort, wo Menschen auf ihren Tagelohn angewiesen sind, keinen Lockdown verordnen. Letztlich können nur evidenzbasierte und kontextspezifische Maßnahmen zum

Erfolg führen. Andernfalls wird die Pandemie wahrscheinlich viele Menschenleben fordern.

Afrikanische Regierungen haben Grenzen geschlossen, den Notstand ausgerufen, Ausgangssperren verhängt oder gar einen vollständigen Lockdown verordnet. Zudem investieren sie in ihre Gesundheitssysteme. Sie führen Sensibilisierungskampagnen sowohl in den Mainstream-Medien als auch in den sozialen Medien durch. Über Hotlines können Menschen die zuständigen Regierungsstellen kontaktieren.

Afrika braucht weitere, kreative Lösungen: Handys sind weit verbreitet und der Kontinent hat in den vergangenen Jahren wertvolle digitale Innovationen hervorgebracht. In diese Richtung sollte weiter gedacht werden.

Überall auf der Welt – so auch in Afrika – sind die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie bereits erkennbar. Viele Unternehmen stehen vor dem Zusammenbruch und es gab bereits Entlassungen. Lieferketten von wichtigen Gütern und Dienstleistungen sind gefährdet. Bisher ist es jedoch schwierig einzuschätzen, wie afrikanische Regierungen den wirtschaftlichen Schaden begrenzen können. Sie haben nicht die finanziellen Möglichkeiten der EU oder der USA, um Rettungspakete zu verabschieden.

Die Pandemie wird die Ernährungsunsicherheit in Afrika verstärken. Bereits jetzt leiden viele Millionen Menschen unter Hunger und Unterernährung. Diese haben ein geschwächtes Immunsystem und das macht sie noch anfälliger für Infektionen. Es steht außer Frage, dass afrikanische Länder auf globale Solidarität angewiesen sind.

Covid-19 schafft jedoch auch langfristige Chancen. Institutionen lernen die Wechselwirkung zwischen Gesundheit und Wirtschaft besser zu verstehen, was zur Stärkung der Gesundheitssysteme führen sollte. Eine starke regionale Zusammenarbeit, die jetzt aufgebaut wird, kann außerdem einen Rahmen für eine bessere Koordination in der Zukunft schaffen.



**BENJAMIN M. KAGINA**  
ist Forscher und  
Impfstoffwissenschaftler der  
Vaccines for Africa Initiative  
(VACFA) an der School of

Public Health and Family Medicine der  
Universität Kapstadt.

[benjamin.kagina@uct.ac.za](mailto:benjamin.kagina@uct.ac.za)

7. APRIL 2020

# Angst, Besorgnis und Panik

**Sambias Regierung hat schnell gehandelt, um die Covid-19-Pandemie einzudämmen. Dennoch ist das geringentwickelte Land schlecht vorbereitet, um mit den Auswirkungen fertig zu werden. Die Massen von armen Menschen können die zweiwöchige Abriegelung, die im März begann, nicht verstehen.**

Von Frank Masanta Jr.

Schon früh stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Sambia als eines der 13 afrikanischen Länder ein, in denen das Risiko hoch ist, dass das tödliche Coronavirus eingeschleppt wird. Am 18. März bestätigte Sambia seine ersten Fälle, an denen ein Ehepaar beteiligt war, das nach Frankreich gereist war. Bis zum 6. April war die Zahl der Infizierten auf 39 angestiegen und ein Patient war gestorben. Nach Angaben der Regierung ist die Hauptstadt Lusaka das Epizentrum.

Angst, Besorgnis und Panik breiten sich unter den Bürgern Sambias aus. Die Regierung hat einige Maßnahmen ergriffen, um das Virus einzudämmen. Ein Nothilfefonds wurde eingerichtet, um Ressourcen für Tests und medizinische Maßnahmen bereitzustellen. Auf Distriktebene wurden landesweit Isolationszentren eingerichtet. Die Bürger können ein gebührenfreies Callcenter anrufen. Staatliche Stellen beschaffen Desinfektionsmittel und Schutzausrüstung

wie Handschuhe oder Gesichtsmasken. Mitarbeiter des Gesundheitswesens und Regierungsbeamte, einschließlich Einwanderungs- und Zollbeamte, erhalten spezielle Schulungen. Sambia ist jedoch ein Land mit geringen Ressourcen. Deshalb ist mit Engpässen und Defiziten bei der Umsetzung der Maßnahmen zu rechnen.

In einer nationalen Ansprache Ende März verkündete Präsident Edgar Lungu die Aussetzung aller internationalen Flüge – mit Ausnahme derjenigen, die auf dem Kenneth Kaunda International Airport in Lusaka landen und abfliegen. Er ordnete an, dass Turnhallen, Bars, Kasinos und Nachtclubs geschlossen werden. Restaurants dürfen nur Essen zum Mitnehmen verkaufen. Zusammenkünfte wurden auf 50 Personen beschränkt. Die Schulen wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Die Menschen haben vor zwei Dingen Angst: krank zu werden und Hunger zu leiden. Die Wirtschaft leidet, und vor allem Menschen, die vom Tageslohn abhängig sind, geraten in verzweifelte Not. Hinzu kommen Missverständnisse, Fehlinformationen und Mythen über Covid-19. Dort, wo ich lebe, glauben einige Leute, dass der Konsum starker alkoholischer Getränke Infektionen vorbeugt. Andere glauben, dass das neuartige Coronavirus als biologische Waffe für den Dritten Weltkrieg geschaffen wurde. Es wäre hilfreich, wenn die Men-



schen verstehen würden, dass Infektionen meist durch Tröpfchen verursacht werden, die infizierte Menschen beim Husten, Niesen oder Sprechen produzieren.

Das Coronavirus kann in Sambia zu einem großen Problem werden. Die Wirtschaft ist schwach und ebenso das Gesundheitssystem. Arme Menschen können den Lockdown nicht verstehen. Die staatlichen Mittel zur Abfederung der Auswirkungen auf benachteiligte Gemeinschaften sind begrenzt. Weil sie das wichtigste Fortbewegungsmittel sind, sind öffentliche Verkehrsmittel noch immer in Betrieb, obwohl bekannt ist, dass sich Infektionen dort leicht verbreiten können. Die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind selbst in den besten Zeiten eine Herausforderung – und jetzt scheint es, dass wir auf das Schlimmste zusteuern.



**FRANK MASANTA JR.**  
ist ein Bildungsaktivist aus Sambia.

[frankmasanta.jr@gmail.com](mailto:frankmasanta.jr@gmail.com)

3. APRIL 2020

# Globale Verantwortung

**Globales Handeln ist bei einer Pandemie wichtiger denn je. Das zeigt der Umgang mit einer Epidemie, von der wir auf den ersten Blick gar nicht betroffen waren: Ebola.**

Von Anne Jung

In der Corona-Krise hat die Bundesregierung einen 122 Milliarden Euro-Rettungsschirm auf den Weg gebracht, der Solo-Selbstständige, Kleingewerbe und Miniunternehmen entlasten soll. Unterstützung in der Grundsicherung wurde ebenso

zugesagt – eine beispiellose und einzigartige Aktion.

Weniger Beachtung fand ein weiterer Rettungsversuch: Fast zeitgleich zur Bundstagsdebatte wurde bekannt, dass die UN 2 Milliarden Dollar als „Global humanitarian response to fight COVID-19 across South America, Africa, the Middle East and Asia“ bereitgestellt haben. Die Notmittel für Niedersachsen sind höher.

Wir dürfen jetzt im Corona-Ausnahmestand, wo alle den Blick national und europäisch verengen, die Verantwort-



Aus der Ebola-Epidemie in Westafrika hätte die Welt Lehrern ziehen sollen: Gesundheitspersonal in Liberia im Januar 2015.

nung für die Folgen der Globalisierung nicht vergessen. Die Pandemie und eine weltweite Wirtschaftskrise werden die globalen Ungleichheiten vertiefen, bestehende soziale und ökologische Krisen verschärfen und die fehlende Gesundheitsversorgung in vielen Ländern offenbaren. Die Gefahr ist groß, dass die armen Regionen dieser Welt jetzt alleine gelassen werden.

Dabei hätte die Weltgemeinschaft die Lehren aus der Ebola-Epidemie 2014 in Westafrika beherzigen sollen. Dann hätten wir heute eine ganz andere Ausgangslage. Gesundheitssysteme gehören nämlich in die öffentliche Hand, zugänglich für alle Menschen und unabhängig von ihrem Einkommen. Das ist der einzig zuverlässige und nachhaltige Schutz gegen die Epidemien der Zukunft.

2014 infizierten sich 20 000 Menschen in Afrika mit Ebola, fast die Hälfte starb daran. Der Virus fand damals die besten Voraussetzungen, sich zu verbreiten. Die Gesundheitssysteme der drei Epizentren Guinea, Liberia und Sierra Leone gehören zu den schwächsten weltweit. Aufgrund der Epidemie verschlechterte sich die Gesundheitsversorgung insgesamt – mit fatalen Folgen: Die Zahl der Malaria-Toten verdoppelte sich. Auch die Müttersterblichkeit stieg wieder an, ebenso die Neuinfektionen mit Masern.

Die Welt schaute lange tatenlos zu. Die Abschottungspolitik, die folgte, war so radikal, dass die Exportwirtschaft komplett zum Erliegen kam. Noch lange nach der Epidemie litten die Menschen unter den Folgen.

Die Hilfe war zunächst so wenig eingebunden in die Strukturen vor Ort, dass das Misstrauen gegenüber den Helferinnen und Helfern in weißer Schutzkleidung massiv war. Wirksam werden konnte die lebensrettende Aufklärungsarbeit erst, als eine konsequente Einbindung aller gesellschaftlichen Kräfte erfolgte. In der Ebola-Krise haben die Menschen in Westafrika die Abwesenheit des Staates und das Versagen der internationalen Staatengemeinschaft beim Aufbau einer Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich am eigenen Körper gespürt – und tausendfach mit dem Leben bezahlt. Die Reichtümer ihrer Länder – Bauxit, Coltan, Kobalt und viele mehr – wurden weiterhin in den globalen Norden exportiert, ohne dass Mittel zum Aufbau der sozialen Infrastruktur bereitgestellt wurden.

Gegen Ebola wurde immerhin ein Impfstoff entwickelt, aber die Einsicht in die Notwendigkeit von universellen Gesundheitssystemen verschwand mit der Eindämmung des Virus. Heute gibt es im westafrikanischen Sierra Leone immer noch weniger Ärzte als in der Frankfurter Uniklinik. Der nächste Ausbruch von Ebola in der Demokratischen Republik Kongo im Jahr

2018 wurde kaum zur Kenntnis genommen, weil er erst gar nicht als Gefahr für den Rest der Welt wahrgenommen wurde.

Die profitorientierte Privatisierung des Gesundheitssektors weltweit versagt dabei, Bedingungen herzustellen, mit denen Nationen die aktuellen und kommenden Herausforderungen meistern können. Im Gegenteil: Die Privatisierung hat weltweit zu einer verheerenden Unterfinanzierung des Gesundheitswesens geführt. Die Weltbank drängt derzeit die Länder im globalen Süden dazu, die Probleme im Gesundheitsbereich mittels privater Finanzierung zu lösen und Notprogramme auf Kreditbasis aufzulegen.

Das weist in eine völlig falsche Richtung. Die ärmsten Länder benötigen vielmehr einen sofortigen Schuldenerlass, und es müssen verpflichtende Finanzierungsmechanismen auf internationaler Ebene für die globale Gesundheit her. Nur so kann verhindert werden, dass nach Corona wieder alles Offenkundige vergessen wird und die Welt sehenden Auges in die nächste absehbare Katastrophe gerät.



**ANNE JUNG**  
ist Gesundheitsreferentin bei der Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen **medico international**.

[jung@medico.de](mailto:jung@medico.de)



Eine Frau in Kigali, Ruanda, wäscht sich die Hände, ehe sie eine Busticket-Verkaufsstelle betritt.

31. MÄRZ 2020

## Afrikanische Reaktionen

Die meisten Gesundheitssysteme südlich der Sahara sind schwach. Umso wichtiger ist es, die Ausbreitung des neuen Coronavirus zu bremsen. Die Regierungen haben schnell reagiert, doch könnte der Kontinent bald überfordert sein. Zudem haben die afrikanischen Staaten keine Ressourcen, um die Märkte zu stabilisieren und die Wirtschaft anzukurbeln.

Von Hans-Joachim Preuß

Diesmal kam das Virus nicht aus dem Busch. Die sich aktuell in Afrika ausbreitende Coronavirus-Pandemie ging von den Flughäfen aus. Schon Ende Januar 2020 waren einige der 5000 afrikanischen Studenten, die an Universitäten im chinesischen Wuhan eingeschrieben sind, auf den Kontinent zurückgekehrt. Aufgrund grippeähnlicher Symptome wurden sie vorsorglich isoliert. Zwei Wochen später bestätigte Ägypten den ersten Covid-19-Fall.

Bis Ende März waren 46 der 55 Länder Afrikas betroffen. Am 30. März war Südafri-

ka mit 1187 Fällen an der Spitze, die nordafrikanischen Länder folgten mit je rund 500 Fällen. Längst verbreiten nicht mehr nur Reisende und Rückkehrer aus Asien, Europa und Nordamerika das Virus – auch viele andere sind infiziert.

Die Infektionsraten werden wohl noch eine Weile steigen. Derzeit entwickeln sich die Zahlen dynamisch und zugleich von Land zu Land sehr unterschiedlich. Obwohl immer mehr Diagnosetools zur Verfügung stehen, bleiben wohl viele Infektionen unerkannt. Tests gibt es, wenn überhaupt, in großen Städten, und auch dort nicht genügend.

Der chinesische Internet-Milliardär Jack Ma spendete der Afrikanischen Union (AU) eine Million Testsätze, die Ethiopian Airlines in betroffene Länder lieferte. Je mehr Tests gemacht werden, desto mehr Fälle werden diagnostiziert. Klar ist trotzdem nicht immer, ob die offiziellen Zahlen stimmen oder von Regierungen beschönigt werden.

Verglichen mit anderen Weltregionen ist Afrika schlecht für die Krankheit ge-

rüstet. Nur wenige Länder – zum Beispiel Kenia, Nigeria und Südafrika – betreiben funktionierende Isolationsstationen und verfügen in normalen Zeiten über genügend Kapazitäten zur Intensivversorgung. Das gilt auch für Nordafrika. In den meisten afrikanischen Ländern aber sind die Gesundheitssysteme permanent überlastet; für einen Massenausbruch von Covid-19 mit rasch steigenden Patientenzahlen sind sie nicht gerüstet.

### ZWEI ÄRZTE PRO 10 000 EINWOHNER

In etwa zwei Dritteln der afrikanischen Länder gibt es nicht einmal zwei Ärzte pro 10 000 Einwohner; im derzeit völlig überlasteten Italien gibt es 41 pro 10 000 und etwa drei Klinikbetten pro 1000 Menschen. Die meisten afrikanischen Länder haben weniger als eines.

Auf kurzfristige substanzielle Hilfe von ausländischen Ärzten zu hoffen, ist riskant. Angesichts der 2014 in West- und Zentralafrika grassierenden Ebola-Epidemie wurde auf europäischer Ebene ein medizinisches Korps gegründet. Neben anderen haben Frankreich, Italien und Deutschland vereinbart, in medizinischen Notfällen Ärzteteams in betroffene Entwicklungsländer zu entsenden. Aktuell sind aber genau diese drei Länder selbst am meisten in Not und

benötigen ihre Kapazitäten, um die eigene Coronavirus-Krise zu bewältigen. Zudem sollten ausländische Helfer zunächst in einer zweiwöchigen Quarantäne überwacht werden.

Afrika kann die Verbreitung der Krankheit wohl nicht stoppen, muss sie aber zumindest bremsen. Nach Ausbruch der Pandemie bemühte man sich zunächst darum, das Virus gar nicht erst ins Land zu lassen. Erfahrungsgemäß ist es zentral, Mobilität und physischen Kontakt infizierter Personen mit anderen zügig einzuschränken. Es ist sinnvoll, Einkaufszentren, Unterhaltungsstätten und andere Orte zu schließen, an denen Menschen zusammenkommen.

Fast alle afrikanischen Länder haben ihre Flughäfen zunächst für kommerzielle Interkontinentalflüge geschlossen, mehr als ein Drittel auch die Landesgrenzen. Wer vor der Schließung kam, wurde aufgefordert, in häusliche Quarantäne zu gehen oder von der Regierung in gemieteten Hotels isoliert. Regierungsmitglieder stornierten Auslandsreisen, Regierungen schlossen Schulen und Universitäten. Ausgangssperren und nationale Notfall-Deklarationen waren Ende März noch selten, nehmen aber zu.

Einige Länder – darunter Burkina Faso – haben Menschenansammlungen verboten, Gewerkschaften ihre Protestmärsche verbot.

Auch religiöse Führer reagieren. So verbietet der Erzbischof von Lagos den Gebrauch von Weihwasser und empfiehlt stattdessen Desinfektionsmittel. Der Hohe Islamische Rat von Algerien hat die Schließung heiliger Stätten in Saudi-Arabien begrüßt und Pilgerreisen nach Mekka abgesagt. Nach Rücksprache mit dem Fâ-Orakel empfehlen die Voodoo-Priester in Benin, Ausflüge ins Hinterland zu vermeiden.

Das stets innovative Ruanda hat an Bushaltestellen mobile Waschbecken installiert, wo die Passagiere sich vor dem Einstieg die Hände waschen sollen. Taxifahrer in Togo sind angehalten, sich und ihre Fahrgäste mit Schutzmasken auszustatten, die allerdings schwer erhältlich sind. Auch sollen sie die Passagiere in ausreichendem Abstand halten – auf dem Rücksitz. Die Vorschriften und Richtlinien sind so unterschiedlich wie die afrikanischen Länder selbst. Einen koordinierten kontinentalen oder regionalen Ansatz gibt es bislang nicht.

Insgesamt haben die afrikanischen Regierungen aber schnell reagiert. Der Kontinent hat Erfahrung mit Ebola, Lassa-Fieber und HIV/Aids, und die Menschen sind grundsätzlich bereit, temporäre Einschränkungen zu akzeptieren. Die meisten begreifen, dass sie auf Handschlag und Umarmungen verzichten sollten. Zugleich besteht aber eine Kluft zwischen den markigen Entscheidungen an der Spitze und deren Umsetzung durch schlecht vorbereitete Behörden.

### WENIG RAUM FÜR SOZIALE DISTANZ

Denn einige Regeln sind nur schwer umsetzbar. Vielerorts ist der Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen eingeschränkt. Die Menschen sind auf überfüllte Kleinbusse angewiesen, Motorradtaxi befördern bis zu vier Passagiere. Informell Beschäftigte – in den meisten Ländern mehr als 90 Prozent der Erwerbstätigen – brauchen ihren Tageslohn und können es sich nicht leisten, wegen milder Grippe-symptome zu Hause zu bleiben. Menschen mit niedrigem Einkommen können keine Vorräte anlegen, sie müssen in überfüllten Märkten das Nötigste für den täglichen Gebrauch kaufen. Ohne Krankenversicherung geht man nur bei ersten medizinischen Problemen ins Gesundheitszentrum.

Welche Folgen die Pandemie für Afrika haben wird, lässt sich noch nicht sagen. Einerseits gibt es viele junge Menschen und nur wenige ältere, die für Covid-19 besonders anfällig sind. Dafür gibt es andere besorgniserregende Ko-Mortalitätsfaktoren, etwa die Prävalenz von Infektionskrankheiten wie Tuberkulose, an der jedes Jahr 2,5 Millionen Afrikaner erkranken und eine halbe Million sterben.

Der wirtschaftliche Schaden, den diese globale Krise in Afrika anrichten wird, wird Ausmaße haben, die bisher nur grob zu umfassen sind. Allein die Kosten für die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 werden auf rund 10 Milliarden Dollar geschätzt. Bei sinkender Rohstoffnachfrage sinken auch die Exporteinnahmen. Nicht nur Öllieferanten wie Nigeria, Angola und Algerien werden weniger Devisen einnehmen. Auch Länder, die mineralische und landwirtschaftliche Rohstoffe exportieren, wird es treffen – Ausnahmen sind Gold und Diamanten. Die AU schätzt, dass sich das durchschnittliche Wachstum in Afrika

in diesem Jahr auf 1,8 Prozent halbieren wird. Das wäre niedriger als das Bevölkerungswachstum.

Auch Sektoren, die für Einkommen und Beschäftigung ärmerer Bevölkerungsgruppen bedeutsam sind, werden leiden. Der Tourismus ist zusammengebrochen, ebenso der Handel mit Schnittblumen und tropischen Früchten. Grenzsicherungen reduzieren den intraregionalen Handel, Transferzahlungen von Migranten, von denen ganze Familien leben, werden deutlich sinken.

Die Vereinten Nationen haben bisher nur humanitäre Hilfe für Afrika gefordert. Die Hilfen, inklusive der Bereitstellung von sanitären Einrichtungen, Diagnoselabors oder mobilen Unterkünften für Quarantänepatienten, sollten zügig beginnen. Denn selbst wenn es gelingt, „die Kurve in Afrika abzuflachen“ und die Pandemie einzudämmen, müssen andere Krankheiten behandelt werden, sobald die Beschränkungen aufgehoben sind.

Auch sollten Maßnahmen ergriffen werden, die die afrikanischen Volkswirtschaften stärken. Die Verschuldung der afrikanischen Länder ist in den letzten Jahren stark gestiegen, in beispiellosem Umfang sind auch private Banken im Kreditgeschäft engagiert. Export- und Steuereinnahmen werden sinken. Kein afrikanisches Land verfügt über Ressourcen für massive wirtschaftliche Hilfs- und Konjunkturprogramme, wie die EU-Mitglieder und die USA sie kürzlich aufgelegt haben.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds senden die richtigen Signale, aber ihre Möglichkeiten, bedürftigen Ländern Geld zu geben statt nur zu leihen, sind ziemlich begrenzt. Die G20 sollten nach ihrer digitalen Konferenz am 26. März ein massives Hilfsprogramm für Afrika starten. 100 Milliarden Dollar wären ein Anfang – und lediglich 0,45 Prozent der 2,2 Billionen, die der US-Kongress zur Rettung der US-Wirtschaft genehmigt hat. Bisher haben die G20 nur 5 Milliarden Dollar zugesagt, um die Weltwirtschaft anzukurbeln.



**HANS-JOACHIM PREUSS**  
leitet das Büro der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Benin. Er gibt in diesem Beitrag seine

persönliche Meinung wieder.

[rr@fes-benin.org](mailto:rr@fes-benin.org)

30. MÄRZ 2020

# Wissenschaft versus Covidiotie

**Obskurantismus erschwert die Prävention von Covid-19, nicht nur in Südasien. Obwohl die Ausgangssperre in Indien schlecht geplant war, müssen wir hoffen, dass sie wirken wird.**

Von Aditi Roy Ghatak

Die tödliche Krankheit Covid-19 hat ein neues Wort für eine neue Kategorie von Menschen geprägt: Covidiot. Viele Machthaber – politische wie religiöse – tun alles, um dazuzugehören.

- Kailash Vijayvargiya, der Generalsekretär der Regierungspartei Bharatya Janata Party (BJP), versicherte, Covid-19 könne einem Land mit „33 Crore (3,3 Millionen) Göttern und Göttinnen“ nichts anhaben.
- Muhammad Ashraf Asif Jalali, ein pakistanischer Geistlicher, versicherte bei der Planung der All-Pakistan-Sunni-Konferenz in Lahore am 21. März, dass „niemand krank werden kann, außer es ist Gottes Wille“ und dass die pakistanische Regierung ihn „hängen“ solle, wenn sich jemand bei der Konferenz infiziert.
- Pastor Rodney Howard-Browne ermutigte die Mitglieder seiner Megakirchengemeinde in Tampa, Florida, zum Händeschütteln (vor einigen Wochen) und verkündete, seine Kirche werde offenbleiben, weil der Herr die Christen dort beschütze.

Viele andere teilen diesen Obskurantismus, der dem globalen Kampf gegen die Pandemie schadet. Fundamentalisten haben die Herzen und Köpfe großer Teile der Weltbevölkerung eisern im Griff. Indern beispielsweise wurde nahegelegt, zum Schutz vor der Krankheit Kuhurin zu trinken.

Jawaharlal Nehru, Indiens erster Premierminister, erklärte die Institutionen der Wissenschaft und der Technologie zu „Tempeln des modernen Indiens“. Seitdem hat sich ein wissenschaftlicher Geist entwickelt und deutlich mehr Menschen erhalten eine Schulbildung. Immer mehr Menschen verstehen, dass Nehrus Tempel zuverlässigere Retter sind als diejenigen aller religiösen Konfessionen.

Dennoch leben auch unter den gebildeten Eliten rückschrittliche Überzeugungen fort. Als der aktuelle Premierminister, Narendra Modi, die Inder bat, den Ärzten mit klapperndem Geschirr von ihren Fenstern und Balkonen aus zu applaudieren, wurde ein Festival daraus. Menschen zogen in großen Prozessionen aus, läuteten Glocken, schlugen Gongs und andere Utensilien. Diese Versammlungen verschlimmerten die Sorgen der Ärzte.

Am 24. März kündigte Modi eine dreiwöchige Ausgangssperre an. Seine Regierung stellte jedoch nicht sicher, dass die rund 139 Millionen Wanderarbeiter und

ihre Familien, etwa zehn Prozent der Bevölkerung, sicher nach Hause zurückkehren konnten. Viele sind ohne Arbeit, Unterkunft oder Nahrung gestrandet. An Bushaltestellen und Bahnhöfen drängen sich Menschen, die nach Hause wollen. Andere haben einen langen Marsch angetreten, ohne Nahrung oder Wasser. Die Regierungen der Bundesstaaten tun ihr Bestes, und die Zivilgesellschaft versucht zu helfen, aber das Problem bleibt ernst. Manchmal hilft die Polizei, aber in anderen Fällen schikaniert sie die Armen.

Kritisch ist die Situation in den dicht besiedelten Slums Indiens. Soziale Distanz ist dort kaum möglich. Zudem hat nicht jeder Slum fließendes Wasser.

Die Regierung hat die Ausgangssperre offenbar nicht durchdacht, aber dass Modi entschieden soziale Distanzierung fordert, obwohl manche in seiner hinduchauvinistischen Partei religiöse Feste planten, ist wichtig. Unterdessen lehnt der pakistanische Premierminister Imran Khan eine nationale Ausgangssperre weiter ab, obwohl die Behörden auf unteren Ebenen aktiv geworden sind. Pakistan hat die meisten bestätigten Coronavirus-Fälle Südasiens. Geistliche sind gegen Beschränkungen von Versammlungen in Mescheen, und die Regierung hat versäumt, rückkehrende Pilger aus dem Iran angemessen zu testen und unter Quarantäne zu stellen.

In Südasien ist Prävention noch wichtiger als in reicheren Weltregionen, weil die Gesundheitssysteme schwächer sind. Italien hat 3,2 Krankenhausbetten pro 1000 Einwohner, Indien hat 0,5. In Nachbarländern ist die Situation ähnlich. Bisher wird nur wenig getestet und es mangelt an Schutzkleidung.

Noch ist unklar, ob die Botschaft des indischen Regierungschefs an die Nation – „Treten Sie in den nächsten 21 Tagen nach draußen, und Sie werfen dieses Land um 21 Jahre zurück“ – zu spät kam. Angesichts der Pandemie wendet sich Modi jedoch endlich der Wissenschaft zu. Auch in Nepal und Bangladesch gibt es Ausgangssperren, in Sri Lanka eine Sperrstunde. Werden diese Maßnahmen angesichts diverser administrativer Mängel wirken?



Kaum Distanz: Wanderarbeiter warten am 29. März in Neu-Delhi auf einen Bus nach Hause.

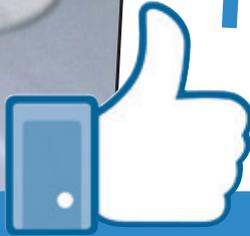


**ADITI ROY GHATAK**  
ist freie Journalistin und lebt  
in Kalkutta.

[aroyghatak1956@gmail.com](mailto:aroyghatak1956@gmail.com)



Werden Sie  
unser Fan auf  
**Facebook!**



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook



D+C Development  
and Cooperation  
@developmentand.cooperation

Startseite

Beiträge

Fotos

Info

Community

Seite erstellen



Gefällt mir Teilen Änderungen vorschlagen ... Mehr dazu Nachricht

Beiträge

**D+C** D+C Development and Cooperation  
5 Min ·

According to the BP Energy Outlook 2018, India will overtake China as the largest growth market for energy in the course of this decade.



**D+C** D+C Development and Cooperation  
At current trends, India will not achieve important climate goals

Gefällt mir Kommentieren Teilen

**D+C** D+C Development and Cooperation  
1 Std. ·

Community

Alle anzeigen

221.944 Personen gefällt das

222.045 Personen haben das abonniert

Info

Alle anzeigen

Contact D+C Development and Cooperation on Messenger

www.dandc.eu

Zeitschrift

**f** Seitentransparenz

Mehr anzeigen

Facebook liefert Informationen, mit denen du die Interaktion mit Seiten besser verstehst. Hier erfährst du mehr zu den Personen, die die Seiten besuchen und Beiträge darin posten.

Seite erstellt - 3. Januar 2014

Personen

>

221.944 „Gefällt mir“-Angaben

Ähnliche Seiten

Dr. Jeff Golini, PhD  
Wissenschaftlerin

